

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

161 (15.7.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.50 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezogen 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelle od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeilenanzahl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Götz & Cie., Karlsruhe.

### Zum Rücktritt Wissells.

G. Sch. Weimar, 12. Juli.

Die bedauerliche Tatsache, daß es zwischen dem Reichswirtschaftsminister Wissell und dem Kabinett zu Differenzen gekommen ist, die mit dem Ausscheiden Wissells aus dem Kabinett geendet hat, hat in den Reihen der sozialistischen Arbeiter Beunruhigung und Bestanden hervorgerufen. Unter der Führung des manchesterlichen Berliner Tagesblattes verriet ein Teil der bürgerlichen Presse Freude darüber, wenn Wissell gehen würde, manche Leute in unseren Reihen fürchten, daß nach dem Abgange Wissells im Wirtschaftsleben ungezügelter Freiheit eintreten werde, zum großen Schaden der Konsumenten wie der Wirtschaft selbst. Die Freunde der einen wie die Befürchtungen der anderen sind nicht begründet.

Um was handelt es sich bei den entstandenen Differenzen? Wissell hat einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der unter Benutzung der vorhandenen Wirtschaftsorganisationen die Regelung des Wirtschaftslebens den Wirtschaftsgruppen in die Hände geben will, wobei neben und mit den Unternehmern die Arbeiter, die Konsumenten wie die Produzenten die Grundstoffe gleichberechtigt mitwirken sollen. Die Wirtschaftler sollen die Organisation selbst führen, der Staat in der Hauptfrage nur ein Kontrollrecht ausüben, gegebenenfalls auch eingreifen können. Wissell glaubt dadurch, das Wirtschaftsleben von den Strahlen der staatlichen Bürokratie zu befreien, es dem Wirken der Organisationen zu überlassen, die sich bereits organisch aus dem Wirtschaftsleben entwickelt haben, in Zukunft eine weit bessere Basis erhalten sollen. Wissell ist, wie wir alle, davon überzeugt, daß man unter Wirtschaftsleben nicht mehr sich selbst überlassen kann, daß es der systematischen Ordnung bedarf, aber er verwirft auch das zwangsweise Betreiben der Wirtschaft. Er erstrebt gewissermaßen eine Kartellierung der Wirtschaftsgruppen an, die unter Einwirkung der Konsumenten und der Verteiler sich verhalten, die Produktion, Preise und Absatz regeln sollen. Wissell hat in der Hauptfrage die Gedanken Walter Rathenaus aufgenommen, sie im einzelnen durchgearbeitet vertritt. Einmütig hat das Kabinett diesen Wirtschaftsplan Wissells abgelehnt. Wenn in der Presse der Unabhängigen die ablehnende Haltung des Kabinetts der Arbeiterchaft dahin verdächtig wird, die sozialistischen Kabinettsmitglieder hätten dadurch vor den bürgerlichen Parteien und den kapitalistischen Interessen kapituliert, ihrer Abneigung gegen gemeinnützige Maßnahmen im Wirtschaftsleben Ausdruck gegeben, so ist das bewusste Demagogie. Die Unabhängigen lehnen nämlich die Wissellschen Pläne glatt ab und leben in ihrer Verwirklichung die Verschärfung jeder wirksamen Sozialisierung. Aber es hindert sie nicht, gegen die Partei zu hetzen, die keineswegs die Wissellschen Pläne so strikte ablehnt, wie es die Unabhängigen selbst tun.

Für uns Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, und keine politische Konstellation und kein durch den Fortschritt der Wirtschaft gebotenes Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien kann uns davon abbringen, daß mit kräftiger Hand und festem Willen ordnend in das Wirtschaftsleben eingegriffen werden muß. Unsere Vorräte sind erschöpft. Unsere Viehbestände bedrohlich zusammengesunken. Das Verkehrsleben ist in einem bösen Zustande, die Kohlenproduktion geht ganz rapide zurück. Wir sind momentan nicht einmal in der Lage, den notwendigen Eigenbedarf zu decken und sollen, nach dem Friedensvertrage, enorme Kohlenmengen an die Entente abgeben. Wir müssen mindestens hunderttausend Verleiher mehr in Bewegung setzen, sonst bricht uns unter dem Kohlenmangel Industrie und Verkehr allzu zusammen. Dazu kommt der Verlust wichtiger Wirtschaftsbetriebe: Saarbrücken, Oberkieseln. Durch den Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Provinzen verringert sich die Lebensmittelbasis Deutschlands außerordentlich. Materiell und finanziell werden uns wertvolle Kräfte entzogen, die wirtschaftlich gesteigerten Kosten müssen von einer stark verarmten Bevölkerung getragen werden. Wir schulden bereits dem Ausland für eingeführte Lebensmittel ganz ungeheure Summen und müssen in den nächsten zwei Jahren etwa 40-50 Milliarden ausgeben, um Rohstoffe und Lebensmittel zu erhalten. Bezahlen können wir aber, bei dem miserablen Stand unserer Finanzen nur mit Arbeit. Auf unsere Finanzen hin gibt uns kein Mensch mehr Kredit, aber auf unsere Fähigkeit zur Arbeit. Das weiß man im Ausland sehr gut: arbeiten kann das deutsche Volk. Und kehrt es wieder zur Arbeit zurück, stehen keine Hüder mehr still und ruhen die Hände nicht mehr, tritt die arbeitssame Ordnung an Stelle der jehisn selbstmörderischen Streiterei, der Sabotierung unseres Wirtschaftslebens und damit unserer Existenz, dann können wir mit geleisteter Arbeit bezahlen, dann kommen wir auch wieder in die Höhe. Um zur voll entwickelten Produktion zu kommen, wird sicher auch die Initiative des Privatunternehmers nicht zu unterschätzen sein, aber gleichzeitig muß die Regelung des Wirtschaftslebens im Interesse der Allgemeinheit in Angriff genommen werden. Sofort und mit allem Nachdruck gilt es für die gesamte Kohlenwirtschaft. Beinahe unerträglich sind unsere Braunkohlenschächte, die großzügig nutzbar gemacht werden müssen. Sie eignen sich hervorragend zur enormen Vermehrung der elektrischen Energie, die in ein paar Jahren eine heute noch kaum geahnte Rolle im Wirtschaftsleben spielen

wird. Weder die Kohle noch die Elektrizität darf fortan dem Privatkapital überlassen bleiben. Organisch aus der Regelung der Kohle und der Elektrizität folgen weitere Maßnahmen, oder sind mit ihnen aufs engste verbunden. Der Sozialismus muß in der Produktion beginnen, nicht etwa im Handel. Das war ja der fürchterliche Fehler in unserer Kriegswirtschaft, daß man versucht hat, auf einer zügellosen kapitalistischen Produktion eine sozialistische Verteilung aufzubauen. Umfassende und systematisch durchgeführte Steigerung der Produktion ist die Grundlage unserer Existenzmöglichkeit. Auf dieser Grundlage kann man dann auch an die Verteilung herangehen. Da erscheint uns aber der Wissellsche Plan erhebliche Gefahren zu haben. Die Erfahrung hat bereits schon gelehrt, daß die Konsumenten als Beiräte in Fachorganisationen gar keine Bedeutung haben. Die in den Wissellschen Syndikaten zusammengeschlossenen Unternehmern würden eine ungeheure Macht sehr schnell erlangen, die in rücksichtsloser Ausbeutung der Verbraucher sich geltend machen würde. Da die Arbeitervertreter ein Schutz sein würden, ist fraglich, denn die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Arbeiter der Preissteigerung ihrer Berufs- oder Industriegruppe zustimmen, wenn sie dadurch höhere Löhne erhalten. Wir müssen sozialisieren, aber nicht in erster Linie kartellieren. Der Wissellsche Plan ist ein Versuch zu einem Wirtschaftsprogramm. Und wie wir ohne ein politische und ohne ein Kulturprogramm nicht arbeiten können, ebensowenig ohne ein Wirtschaftsprogramm.

### Aus Berlin wird berichtet:

Nachdem der Reichswirtschaftsminister Genosse Wissell endgültig zurückgetreten ist, hat Genosse Robert Schmidt die Leitung des Reichswirtschaftsamtes übernommen. Er befehligt kommissarisch auch die Leitung des Reichsernährungsamtes. Wir sind überzeugt, daß aus dieser kommissarischen Verwaltung sehr bald die dauernde Vereinigung der beiden Ämter werden wird. Damit hat dann der Gedanke gestiftet, für den Wissell alle Zeit geopfert hat. Wenige Tage nach der Bildung des Kabinetts Scheidemann war Wissell sich bereits klar darüber geworden, daß an eine Ordnung der Verhältnisse nur zu denken sei, wenn Reichsernährungsamt und Reichswirtschaftsamt in einer Hand vereinigt würden, denn Deutschlands Rettung beruht darauf, daß wir mit aller Anstrengung arbeiten und diese Arbeit hängt ab vom Arbeiter und vom Rohstoff. Der Arbeiter muß halbtags ausreißend ernährt und versorgt sein, um Schaffensfreudigkeit zu haben, und der Arbeitsfreie muß dann auch das vorhandene Material entsperren. Solange die beiden Ämter getrennt waren, war es eine notwendige ewige Resortkonkurrenz: das Reichswirtschaftsamt schrie Rohstoffe, das Reichsernährungsamt Nahrungsmittel, und für beides wollte das Geld nicht reichen. Erst wenn einer entscheidet, kann die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gerecht verteilt werden. Wissell hat schon vor vielen Monaten Robert Schmidt angeboten, zurückzutreten und ihn aufgefordert, die Leitung der beiden vereinigten Ämter zu übernehmen. Schmidt hat damals und lange Zeit sich dagegen gestraubt — jetzt hat er es doch tun müssen. Der Wissellsche Organisationsgedanke liegt, gerade weil er zurücktritt.

### Verlegung der Verfassungsfrage.

Die Sozialdemokratie hat sich bereit erklärt, die Beratungen über den zweiten Teil der Verfassung fortzusetzen und die darin berührte Schulfrage auf Grund des bereits vorliegenden Kompromisses erledigen zu wollen. Ministerialdirektor Goldhahn aus dem Reichsministerium ist als Unterstaatssekretär für das Reichsfinanzministerium vorgeschoben.

Nachdem der Schulkompromiß die Zustimmung der Fraktion des Zentrums und der Sozialdemokratie gefunden hat, schreibt der „Vorwärts“: Die Sozialdemokraten haben nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verschwinde, aber sie haben durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann, wenn es seine Eltern nicht wünschen. Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Lehrer. Kein Lehrer kann künftig gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen, wenn er dadurch in gewisse Konflikte gerät oder wenn andere Gründe vorliegen, die ihn veranlassen, diesen Unterricht abzulehnen. Die Bestimmungen des Kompromisses gehen aber noch weiter. Das Nähere darüber soll ein bald zu erlassendes Reichsschulgesetz bestimmen. Durch das abgeschlossene Kompromiß ist die Mehrheit durch Sozialdemokraten und Zentrum gesichert. Das Ministerium Bauer wird jetzt sein Programm vorlegen können. Darüber hinaus ist die Gewißheit gegeben, daß die Nationalversammlung auch die volle Verfassung zur Erledigung bringen wird.

### Sofenarbeiterstreik in Amerika.

Kopenhagen, 14. Juli. Im New Yorker Hafen streiken einige Gruppen von Sofenarbeitern, deren Arbeitseinstellung auch die Arbeiter von etwa weiteren 200 Häfen im Atlantischen und Stillen Ozean aussteden dürfte. Die Arbeiter haben die Absicht, den Streik immer weiter auszuweiten und möglichst allgemein zu gestalten, falls ihre Lohnforderungen nicht be-

willigt werden und falls man ihnen nicht das Recht einräumt, Gewerkschaften zu bilden. Bisher streikten nur die Arbeiter der Klüffenschiffahrt. Aber die Arbeiter haben die Forderung bekommen, daß alle Schiffe, die mit nichtorganisierten Seeleuten bemannt sind, bei der Ankunft in englischen Häfen von den dortigen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nicht ge-

### Begrüßungsfeier der Truppen in Paris.

Paris, 15. Juli. Nach einer Sabas-Meldung begaben sich heute Vormittag nach Begrüßung der Marschälle Foch und Joffre, sowie der Truppen durch den Seinepräfecten die Truppen nach dem Triumphbogen. Auf den Straßen staute sich eine ungeheure Menschenmenge. Ein Zug von etwa 1000 Verstimmelten bestrich die Straße. Präsident Poincare begrüßte sie im Namen des Vaterlandes.

### Kohlenmangel in Sachsen.

Dresden, 14. Juli. Empfindlicher Kohlenmangel verheißt in ganz Sachsen die Betriebseinsparungen aller Industriezweige. Die Zeitungen können nur in beschränktem Umfang oder gar nicht erscheinen. Plauen meldet die Einstellung der Stromabgabe aus dem städtischen Elektrizitätswerk. Die Beförderung der Kriegsgeschlagenen wird weitere Verkehrseinsparungen mit sich bringen. Rund 200 000 Mann sind angemeldet.

### Der internationale Generalkongress.

Rom, 14. Juli. In Italien wird der internationale Generalkongress am 19. Juli Mitternacht beginnen und bis 21. Juli Mitternacht dauern.

### Die Lebensmittelzufuhr.

Paris, 14. Juli. Die Regierung hat die Ausfuhrbewilligung für gewisse Lebensmittel infolge des Hinrückschneitens der Preise wieder zurückgenommen.

### Das Reichsnotopfer.

Der Gesetzentwurf über die Vermögensabgabe ist der Öffentlichkeit übergeben worden. Der § 1 und Leitatz lautet: Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes sich bewegende große Abgabe von Vermögen (Reichsnotopfer). Die Abgabepflicht erstreckt sich auf die Angehörigen des Deutschen Reiches, auf staatenlose Personen, welche im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, auf Ausländer, die sich im Deutschen Reich während des Erwerbes wegen aufhalten. Daneben sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, eingetragene Genossenschaften, aber auch alle anderen juristischen Personen, sowie nichtrechtliche Vereine und Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit, die Vermögen auch mit Unterschieden der Abgabe unterworfen werden.

Die Vermögensabgabe sieht Sätze vor zwischen 10 bis 65 Prozent. Die Entrichtung soll auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Abgabepflichtig ist der 5000 M. übersteigende Teil des Vermögens. Bei einem Vermögen von 50 000 M. sind von 45 000 M. 4500 M. (10 Proz.) abzugeben. Bei 100 000 M. beträgt die Abgabe 11 000 M. (11 Proz.), bei 200 000 M. 26 000 M. (13 Proz.) u. s. f. Bei einer Million beträgt sie 246 000 M. (24.6 Prozent) und bei Hundert Millionen 63 921 000 Mark (62.9 Prozent).

Wir können wegen Raummangels zunächst nur diese wichtigsten Bestimmungen nennen und werden näheres noch belegen.

### Die Ausfuhr von Möbeln aus Elsaß-Lothringen.

Die B. B. R. erfahren von der Waffenstillstandskommission: Einige Tage vor Unterzeichnung des Friedens war der Abtransport von Möbeln, die den aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen oder Geflüchteten gehören, gesperrt worden. Da infolge der Unterzeichnung des Friedens die Gründe für die Sperrung behoben sein dürften, hat der Vertreter der deutschen Regierung in Disfeldor unter Hinweis auf die wiederholt gegebenen Zusicherungen Marschall Fochs die französische Mission in Köln ersucht, nunmehr den uneingeschränkten Abtransport des deutschen Mobiliars baldigt in die Wege leiten zu wollen. Er regt ferner an, zwecks vereinfachter Durchführung der Möbelausfuhr — es schweben zurzeit noch mehrere hundert Gesuche um Ausfuhrbewilligung — und zwecks Regelung der zahlreichen mit dem Abtransport zusammenhängenden Fragen eine Zusammenkunft von französischen und deutschen Vertretern zu veranlassen. Die deutsche Regierung schlug gleichzeitig vor, bei dieser Besprechung auch die Frage der Auszahlung der Ruhegehälter an die in Elsaß-Lothringen befindlichen Beamten zu regeln.

### Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 12. Juli. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr. — Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgg. Geher (U.S.) und Seeger (U.S.) wegen politischen Vergehens und der Abgg. Dr. Wunt (Dem.) und Dr. Duesel (Soz.) in Verbindung mit dem Verbrechen der Verletzung der Wahl des Abg. Puchler (Str.), 10. Wahlkreis Oppereln, für ungültig erklärt. Es folgt die Beratung über die Wahl im 23. Wahlkreis (Düsseldorf).

Judeff führt als Berichterstatter aus, daß die Sozialisten durch Angriffe auf Wahllokale und Wähler die Ausübung des Wahlrechtes für etwa 68 000 Wähler unmöglich machten.

Der Ausschuss beantragte eine teilweise Nachwahl, um Material zu der Mandatserteilung zu erhalten.

Regierungsvertreter Hr. v. Welsch führt aus, daß von Nachwahlen im Wahlgebiete nichts vorzuziehen sei.

Nach weiterer unbedeutender Debatte beauftragt Hr. v. Welsch (Str.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Fehrenbach hält es für überflüssig, wegen der geringen Zahl der Anwesenden die Beschlußfähigkeit festzustellen. Es tritt Beratung ein. Nächste Sitzung Montag Nachmittags 3 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung. — Schluß 12 1/4 Uhr.

### Badische Politik.

#### Höflichkeitsschneise.

Unter dieser Überschrift behandelt der „Badische Beobachter“ in seinem Leitartikel der Samstagnummer (Abendblatt) unsere Politik bezüglich des Besuchs des Erzbischofs Nörber beim Ministerpräsidenten Geis. Nachdem das Blatt unsere Argumentation als richtig bezeichnet, schreibt er u. a.:

Wenn man mit dem Volksfreund mehr wie einen „reinen Höflichkeitsschneise“ in den ausgetauschten Besuchen sehen will, und zwar nach der Richtung, die das genannte Blatt anzeigt, so könnte es nur im wohlverstandenen Interesse des Volkes liegen, wenn die Sozialdemokratie mehr und mehr Verständnis gewinnt für die gewaltigen Ideenkämpfe des Christentums, die doppelt wertvoll im Kampfe mit dem Mammon um Menschlichkeit und Gerechtigkeit sein dürften, und wenn die ererbte Feindschaft gegen die Kirche von ihr begraben und das Gebot an die Feindschaft gegen das Christentum der Geschichte übergeben würde. Damit wäre ein gutes Stück „der Verständigungsbasis“ geschaffen, an die der Volksfreund erfreulicher Weise so lebhaft denkt. Wir haben es nie bestritten, daß nach unserer Überzeugung im Sozialismus neben den irrigen Ideen manche richtige Gedanken und berechtigte Forderungen stecken. Je mehr jene zurücktreten und diese erkannt und in den Vordergrund geschoben werden, desto mehr kann und muß die „Verständigungsbasis“ reale Gestalt gewinnen. Die praktische Arbeit und das hohe Maß von Verantwortung, wozu das gegenwärtige politische Leben die Sozialdemokratie verpflichtet, müssen die Denkenden in der großen Partei naturgemäß auf die Bahn dieser praktischen und selbstverständlichen Gedanken führen. Darüber besteht für uns kein Zweifel, ein Zweifel kann nur darüber bestehen, ob die Massen, seit Jahrzehnten an Kritik und Opposition, an gewisse jetzt nicht erfüllbare Hoffnungen und Erwartungen gewöhnt, in der Hauptsache sich auch auf die gleichen Forderungen lassen werden. Jedenfalls ist es Aufgabe aller, die es gut mit dem Volke meinen, diese politische Arbeit der Sozialdemokratie, wenn sie diese ernstlich ins Auge faßt, nicht nur nicht zu fördern, sondern sie verständnisvoll zu fördern. Diese Politik kann ebenfalls die Rettung für unser Vaterland werden, und zwar in einer Stunde, zu der andere Völker durch schwere Krisen hindurchgehen müssen.

Zunächst möchten wir entgegnen, daß von einer „ererbten Feindschaft“ der Sozialdemokratie gegen das Christentum bzw. die Kirche nicht gesprochen werden kann, viel eher aber von einer ererbten Feindschaft der Kirche gegen den Sozialismus. Die Sozialdemokratie verlangt von ihren Mitgliedern und Führern strenge Neutralität gemäß ihrem Programmpunkte „Religion ist Privatsache“. Sie verlangt das nicht nur dem Scheine nach, sondern mit vollem Ernst. Wer innerhalb der Partei einen andern Standpunkt vertritt, muß die Konsequenzen tragen. (Siehe Fall Dr.

Mild.) Es ist uns demgegenüber nicht bekannt, daß die Kirche bisher der Sozialdemokratie ähnlich gehandelt hätte. Man wird daher die alten häßlichen Auseinandersetzungen gegen den Sozialismus verzeihen. Sie wird das wohl oder übel tun, müssen, nachdem sie sich überzeugt hat, daß der Sozialismus die Zukunft gehört und daß sich die Sozialdemokratie wo sie etwas zu sagen hat, keineswegs in dem Sinne kirchensfeindlich betätigt, wie es vielleicht von Seiten der Kirche erwartet wurde.

Der zentralisierte „Fahrer Anzeiger“ gibt in seiner Nummer 158 vom 12. Juli ebenfalls unsere Bemerkungen zu dem Besuch des Erzbischofs Dr. Thomas Nörber beim Gen. Staatspräsidenten Geis und bemerkt dazu: „In allen früheren Besprechungen dieses Themas: Christentum und Sozialismus haben wir immer darauf hingewiesen, daß eine Verständigungsbasis nur gegeben sei auf der Lehre der Kirche. Wenn also die Sozialdemokratie zu einem Anschluß an die Kirche kommen sollte, und nur um einen solchen könnte es sich handeln, so müßte sie vor allem den materiellen Charakter ihres philosophischen Systems lassen und sich der Metaphysik des Christentums anpassen. Wir würden uns aber freuen, wenn dies zustande käme und helfen gerne auf jeder Etappe der schwierigen Arbeit mit. In diesem Sinne ist wohl auch der Besuch des S. O. Erzbischofs aufzufassen.“

#### Neue Vorlagen für den Landtag.

Das Ministerium des Innern läßt dem badischen Landtag demnächst drei beachtenswerte Gesetzesentwürfe zugehen. Um eine größere Einwirkung der Konventionen auf die Gestaltung der Preise für Lebensmittel und sonstige tägliche Bedarfsgegenstände zu erreichen, ist, wie schon früher mitgeteilt, an die Errichtung einer

#### Verbraucherkammer

gedacht. Der Entwurf ist jetzt fertig gestellt und wird nach Genehmigung durch das Staatsministerium den in Frage kommenden Organisationen übermitteln, die dazu Stellung zu nehmen haben. Einzelpersonen soll die Mitgliedschaft bei dieser Verbraucherkammer nicht zugelassen werden, dagegen gestattet der Gesetzesentwurf den Berufsvereinen und den sonstigen Organisationen der unteren und mittleren Volksschichten die freiwillige Mitgliedschaft. Den Gewerkschaften, u. a. auch den Bauernvereinen, soll die Mitgliedschaft vorbehalten, schreibt er die Zwangsmittelkammer vor. Die Mitglieder der auf 40 Sitze berechneten Kammer ist den Zwangsmitgliedern vorbehalten. Diese Art der Bildung der Mitgliedschaftsfrage steht auch im engen Zusammenhang des Finanzgebarens der Verbraucherkammer.

Die Neuorganisation der Kommunalverbände. Sie ist vom Ministerium des Innern ebenfalls fertig gestellt und zielt darauf ab, mehr wie bisher neben den Amtsvorständen die Bezirksräte zur Verwaltung der Kommunalverbände heranzuziehen. Die Kommunalverbandsauschüsse, die bisher als Verwaltungsgorgane bestellt waren, werden als Unterausschüsse beibehalten. Der Bezirksrat nimmt zu den Kommunalverbänden die gleiche Stellung ein, wie die Stadträte bei den städtischen Kommunalverbänden. Die aus den Städten kommenden Mitglieder der Bezirksräte scheiden infolgedessen für die Behandlung der Angelegenheiten der ländlichen Kommunalverbände aus und werden durch vom Lande kommende Ersatzleute ersetzt. Bei der hohen Bedeutung der Reformierung und Neuorganisation der Kommunalverbände wird dem Landtag entsprechende Gelegenheit gegeben werden, sich ausführlich hierzu zu äußern.

Veränderung des Landwirtschaftskammergesetzes. Nachdem die badische Landwirtschaftskammer nunmehr satzungsgemäß zu diesem Entwurf Stellung genommen hat, ist er dem Gesamtministerium zur Weitergabe an den Landtag ausgegangen. Er sieht, was beachtenswert ist, einen demokratischen Aufbau und eine wesentlich andere Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer vor. Das Alter der Wählbarkeit der Landwirtschaftskammer wird von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt und die Befähigungseinführung. Auch den Frauen, welche die Landwirtschaft selbständig betreiben, ist das Wahlrecht verliehen. Auf der anderen Seite wurde den landwirtschaftlichen Organisationen die bisher bestandene Sondervertretung auch im neuen Entwurf völlig gestrichelt.

Gleichzeitig geht dem Landtag mit diesem Entwurfe eine Verordnung über die Einführung eines Landarbeitertages zu; diese Verordnung soll aus 12 im ganzen Lande gewählten Vertretern der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Baden bestehen; er erhält selbständige Befugnisse. Wenn soziale und andere Arbeiterfragen zu regeln sind, tritt der Vorstand dieses Landarbeitertages mit dem Vorstand der Landwirtschaftskammer zur Beratung zusammen. Sollen diese Fragen aber in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer zur Debatte, dann nehmen sämtliche Mitglieder des Arbeitertages an der Vollversammlung teil.

Die Gesetzesentwürfe werden voraussichtlich erst in der Herbstsession des Landtages zur Beratung und Beschlußfassung gelangen, da der Landtag wohl bald in die Sommerferien geht.

#### Die Steuerentwürfe im Haushaltsausschuß des badischen Landtags.

Karlsruhe, 12. Juli. Zu Beginn der Erörterung wurde von der Eingabe des evang. Oberkirchenrats Kenntnis genommen, in der große Bedenken wegen der Heranziehung der Kirchensteuer zu der Neuregelung der Einkommens- und Vermögenssteuer zum Ausdruck gebracht wurden. Zu den bekannten Einwänden des Mannheimer Fabrikantenvereins und der Mannheimer Handelstammer erklärte die Regierung, das Verlangen dieser Kreise sei unerfüllbar. Sie erklärte sich dagegen bereit, zu bestimmen, daß das Betriebskapital der Aktiengesellschaften nicht der doppelten Besteuerung unterworfen werde. Auch die Finanzlagen der Genossenschaften sollen berücksichtigt werden. Es sei jedoch fraglich, ob dies auf die Dauer durchzuführen ist. Der Ausfall betrage in diesem Falle etwa 18 Millionen Mark.

Bei den (schon zum Teil bekannt gegebenen) Entwürfen des Zentrums und der Sozialdemokratie, die unteren Klassen möglichst zu schonen oder ganz von dem weiteren Steuerzuschlag zu befreien, soll die Form einer Resolution gewählt werden, da die Regierung ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit auf Berücksichtigung ausspricht.

Der sog. Rinderparagraf wird nach den Entwürfen des Zentrums und der Sozialdemokratie verbessert werden; bisher durften für Rinder nur Steuerzuschläge gemacht werden bis zu einem Einkommen von 3000 M.; künftig kann dies bis zu einem Einkommen von 6000 M. gesteigert werden. Dem stimmten alle Parteien und auch die Regierung zu. Ferner sollen auf Antrag der Sozialdemokratie alle Einkommen bis zu 2000 M. von dem vorgesehenen weiteren Steuerzuschlag befreit werden. Es ist schon berichtet worden, daß dieser Antrag mit 11 gegen 2 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen worden ist. Außerdem wurde bei den höheren Einkommen eine weitere Staffelung von der Sozialdemokratie beantragt und mit 10 gegen 1 Stimme bei sechs Stimmenthaltungen demgemäß beschlossen. Während nämlich die Regierungsvorlage bei einem Einkommen 200 000 M. einen Zuschlag von 300 v. H. vorsieht, verlangte der sozialdemokratische Antrag einen Zuschlag von 500 v. H. bei einem Einkommen von 800 000 M. bis 1 Million Mark.

Der Vermögenssteuerentwurf der sozialdemokratischen Fraktion, wonach der Zuschlag schon bei 50 000 M. beginnen soll, wurde mit dem Vorbehalt angenommen, daß er nur erhoben wird bei einem gleichzeitigen Einkommen von mindestens 600 000 M. Bei den Vermögern von 1 1/2 bis 15 Millionen Mark soll die Regierungsvorlage noch verschärft werden. — Am Dienstag wird die Beratung der Steuerentwürfe fortgesetzt, während am Montag der Antrag zum Staatsvoranschlag weiter beraten wird.

Der Hauptauschuß des badischen Landtags beschäftigte sich in seiner Montag-Sitzung in der Hauptsache mit den notwendigen Neubauten an der medizinischen Klinik in Heidelberg, mit dem Neubau des durch eine Fregatebombe zerstörten Anatomiegebäudes in Freiburg und mit dem Neubau der medizinischen und chirurgischen Klinik in Karlsruhe.

Unter Besprechung auf die am Mittwoch gepflogene Theaterdebatte, in welcher bekanntlich die Umwandlung des ehem. Hoftheaters in ein Landestheater zur Erörterung stand, teilte Generalintendant Wassermann dem Auschuß mit, daß es unrichtig sei, wenn ein demokratischer Redner behauptet habe, die badische Kunst sei im ehemaligen Hoftheater wenig gepflegt und Städte von Götting und Würzburg nicht aufgeführt worden. Hierzu erklärte der demokratische Redner, er wolle lediglich konstataren, daß Götting und Würzburg zu spät in Karlsruhe zur Aufführung gelangt seien, eine Auffassung, die auch von vielen badischen Zeitungen, die sich mit diesen Dramatikern beschäftigten, vertreten worden wäre.

Die Einzelstaaten gegen das Reichsfinanzministerium. Karlsruhe, 14. Juli. Am letzten Samstag fand in Heidelberg eine gemeinsame Besprechung der Regie-

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

„Du,“ sagte Frau Kestner plötzlich und wendete sich ihrem Mann zu, „ist es wahr, daß der Niemecker mit den Anstiehlern fraternisiert? Er soll immer hinfahren, sich um jeden Quark kümmern, als wäre seine eigene Angelegenheit. Wenn Scheffel das Fleisch in die Küche kauft, erzählt er immer der Mamiel — natürlich, der Junge ist entzückt von so was! Ich muß gestehen, ich hätte Dolekhal für innerlich vornehmer gehalten. Man sieht, das Hochmütigkeit ist noch lange nicht vornehmheit!“

„Ein Gel ist er!“ Unwillig fuhr Kestner auf. „Proletariat lobet er uns auf den Hals! Was sollen wir mit den Leuten? Zu Arbeitern sind sie viel zu anpruchsvoll, sie behen uns nur um ihre eignen Leute auf. Götze sich wohl früher einer von den Stiefeln unterstanden, zu sagen: ich will nur bis acht Uhr arbeiten? Bis die Sterne am Himmel standen, bei Mondchein noch haben unsere Senen gemäht! Die Russen, die im Afford sind, haben sogar die ganze Nacht durch, wenn's sein muß. Und Sonntag, Sonntagstrube — ei, daß dich!“

„Er zog die leidende Witze herunter, die er immer trug, sowohl im Hause als auf dem Hofe, und warf sie auf den Tisch. „Nun muß man ruhig zusehen, wie einem das ganze Getreide verpladdert!“

„Nege dich nicht auf,“ bot Therese. „Jeder vertritt eben, was er für gut hält!“

„Gut hält — gut hält! Kann ich denn tun, was ich für gut halte? Wie ein Spitzhund ist die Regierung einem auf den Nacken. Und der Dolekhal macht den Aufpasser. Ich werde es aber wohl sagen, daß mir die dicke Feindschaft mit dem nicht paßt! Wenn wir uns hier zusammenschließen, alle an einem Strang ziehen, dann möchte ich doch jeden, wer die Karte anders läßt? Aber Dolekhal ist liiert mit dem H-K-T — seit der gegründet ist, ist alles zugespitzt. Es ist einfach nicht mehr anzuhalten!“

„Da,“ sagte sie rasch, „es wäre das Beste, wir verkaufen, dann wissen doch auch die Kinder, woran sie sind!“

„Nun natürlich!“ Er stand auf und ging an seinen Geldschrank. Umständlich schloß er auf. Und dann entnahm er einem besonderen Schlüssel einen Schein. „Da, hier das dem Jungen!“

„Aber nicht von Mosteck aus,“ grübelte er nach einer Pause, in der er dagestanden und starr in den noch geöffneten Geldschrank hineingestarrt hatte. „Es wird sonst gleich ruckbar. Ich mag nicht, daß sie wissen, was ich verändere. Man wird so wie so immer überhändig!“

„Ich werde morgen nach der Kreisstadt fahren — schade, daß es heut zu spät ist! — und von da kästchen, per eingeschriebenem Brief. Bei der Gelegenheit sage ich bei der Landräum vor; ich will ihre Kinder in den Herbstferien zu uns heraus laden.“

„Die Kinder — in den Ferien?“ Sein Gesicht wurde lang. „Muß das sein?“

„Ich bitte dich, Moritz, es muß nicht grade sein, aber — eine kleine, ungeduldige Note stieg in ihr Gesicht — „wenn wir verkaufen wollen! Und — da es mir grade einfällt — du hättest auch längst mal einen Besuch bei Dolekhal machen können! Garzynski ist schonmal klüger — neuwärts sollen sie sogar zusammen spazieren gefahren sein. Das weißt du doch selbst ganz gut, wie man sich heutzutage dazuhalten muß!“

„Gott weiß es — das muß man!“ Er stieß einen tiefen Seufzer aus.

Ueber den Hof kam jetzt der Inspektor Soppe. Breitbeinig ging er, man sah's, er war steif vom Reiten. Therese, die schon im Gehen begriffen war, zögerte noch. Da konnte sie ihm ja gleich wegen Kopfen! Soppe trat zugleich mit seinem Kopfen ein; mit den schmerzlichen, vom Ackerstaub wie mit grauem Mehl besetzten Stiefeln klappte er achseln in die Stube.

Ein unwilliger Blick der Gutsherrin traf ihn: hatte er denn noch immer nicht gelernt, eine laubere Diele zu schonen? Womöglichst lief er so auf den Teppich! Und nicht einmal die Witze nahm er ab!

Die Miene des Inspektors war erregt, die Hornesader seiner Stirn dick geschwollen; aber um den Mund lag Belümmernis. „Gerr Kestner,“ sagte er hastig, „kommen Sie doch, bitte mal raus! Herr Kestner, beim neuen Schöber machen sie Stand!“

„Wo, wer? Ach was!“ Ungläubig sah ihn der Herr an.

Frau Therese lächelte ein wenig spöttisch: da wurde mal wieder aus einer Witze ein Elefant gemacht!

„Gerr Soppe,“ sagte sie, „ich brauche morgen den Konbauer. Bitte, um zwei Uhr! Und lassen Sie gefälltigt den Mißfragen statt um vier schon um drei Uhr nach Mosteck!“

(Eine Rille muß zur Kritik noch zurecht kommen!)

Er hörte sie gar nicht. „Sie glauben es nicht, Herr Kestner? Sehen Sie!“ Er nahm die Witze ab. Ueber den grauen Kopf, mitten herüber, lief eine richtige Schmarre; das Blut war geronnen und hatte ringsum die Haare verfloht. Der weiche Wurm schien schon ein Moment wie im Schmerz die Augen, und dann machte er sie groß und vorwurfsvoll auf. „Sie haben den Leuten die doppelte Ration Schnaps geben lassen, Herr Kestner! Auch den Weibern! Nun sind sie aus Rand und Band. Gold acht Uhr Arbeitschluss wollen sie jetzt haben. Der Bogt hat nach zu Hilfe gerufen, er ist ihnen nicht gemachsen.“

„Und Sie auch nicht,“ brüllte der Wirtshauswirt. „Dummes Zeug! Warum haben Sie nicht drunter gehauen?“

„Ich habe.“

„Wer viel ich weiß ja, es widerstrebt Ihnen. Sonst wäre die Sache sofort erledigt gewesen! Also heute abend gib's keinen Kurtschmal für's Gefinde und die laure Milch nur zu den Kurtschmal! Und den Komariks erlaube ich es nicht mehr, eine Sau zu halten, wenn sie nicht kuscheln. Ueber den Scheffel Weizen reden wir auch noch einen Ton zusammen. Und den Wanderarbeitern, den Russen, sagen Sie nur: paßholl! Einloch: paßholl!“

„Gerr Kestner, wir brauchen aber die Leute — alle Leute!“

„Ach was! Offener Aufruhr — was wollen Sie denn?“ Er zeigte auf des Inspektors blutrinnsige Schmarre. „Sie sind Zeuge. Na, die hohen Zinnen ja ordentlich eins ausgewickelt! Mitze vom Kopf runter geschlagen, und dann mit der Gabel gestochen — was? Und die Weiber waren natürlich die tollsten! Gaba, kenne ich! Auf mich sind auch schon mal ein paar Wiaferennen losgegangen — wegen 'ner Lappalle, jagtogen aus Uebermut — ich habe sie aber umgeritten, und nachher waren wir gut Freund. Wie die Kinder sind sie, wie die Kinder. Nicht wahr, Therese?“

Frau Kestner nickte stumm. Sie ärgerte sich über den Inspektor.

Der Gutsherr hatte sich nach und nach beruhigt. „Keine Sorge, Soppe, die Becke laufen nicht fort — wohin sollen sie denn auch jetzt? Nur immer gedroht: Ruhe, sonst paßholl! Ich brauche nur zur nächsten Behörde zu fahren, und — ein, zwei, drei — über die Grenze sind sie per Schwül!“

(Fortsetzung folgt.)

ungen von Württemberg, Hessen und Baden statt, um Stellung zu nehmen zu den neuesten Plänen des Reichsfinanzministeriums auf dem Gebiete der Festsetzung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung auf eine vollständige Aufhebung der Steuerhoheit der Einzelstaaten hinausgehen und an ihre Stelle das sogenannte Notationsystem setzen, wurden einhellig abgelehnt. Man war sich einig in dem Entschlusse, dem Reiche weitgehendst entgegen zu kommen, doch dieses Entgegenkommen muß seine Grenze finden im selbständigen Einnahme-Etatrecht und in der finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten. Eine dahingehende Entscheidung, die auch Einzelvorschläge enthält darüber, wie die süddeutschen Staaten sich den Ausbau des Steuerwesens und der Steuerberatung im Einzelnen denken, wurde einmütig angenommen.

**Monarchistische Propaganda in der Kirche.**

Man schreibt uns: Im Hauptgottesdienst am 13. Juli in der ev. Kirche zu Hedelsheim „betete“ der dortige Pfarrer Weiser an jener Stelle des Kirchengebäudes, an der früher der Segen Gottes auf das Haupt der Fürsten und die Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande in der Luft herabgesiegt werden mußte, wörtlich folgendes: „Wir bitten euch um Segen für unsern Großherzog, der in der vergangenen Woche Geburtstag gehabt hat, und bitten, daß das Leid, das wir ihm angetan haben, nicht an uns zum Fluch werde.“

Der Pfarrer Weiser, der durch seine politischen Predigten schon längst viel Aergernis in der Gemeinde erregt hat, scheint nicht zu wissen, daß wir heute in der Republik leben und daß es darum nicht mehr nötig ist, für „unsern Großherzog“ zu beten. Der Zweck dieser Uebung aber dürfte jedem klar sein: es gilt bei der Bevölkerung die Revolution immer mehr in Mißkredit zu bringen und die Fürsten usw. als die Schöpfer hinzustellen, denen das Volk bitter Unrecht getan hat. Der Pfarrer Weiser hat schon verschiedene Male, auch in Predigten, erklärt, die Sozialdemokraten müßten sich mehr am kirchlichen Leben beteiligen. Sehr schön, und dagegen ist nichts zu sagen; vielleicht sollte er sich aber zuerst einmal fragen, warum denn in weiten, nicht nur sozialistischen Kreisen der Bevölkerung dazu wenig Lust vorhanden ist! Wenn der Herr Pfarrer in seinen Predigten den 9. November als den traurigsten Tag der deutschen Geschichte bezeichnet und auch sonst es nicht unterlassen kann, jeden Sonntag „in Politik“ von der sicheren Angel herab zu machen, dann braucht er sich nicht darüber zu wundern, wenn viele von solchen „Gottesdiensten“ nichts mehr wissen wollen. Herr Pfarrer Weiser kauft sich auch, wenn er meint, daß seine angelegentlichsten Predigten über „Sozialismus“ und „Kommunismus“ ihm die immer leerer werdende Kirche füllen werden. Was wir, das evangelische Volk, brauchen und wünschen in unseren Gottesdiensten, das ist eine Predigt aus dem Geiste des Evangeliums, das Gott gibt, was Gottes ist, die aber nicht im Kirchengebäude monarchistische Propaganda treibt.

**Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.**

Na. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich auch in der Woche vom 29. Juni bis 5. Juli bedauerlicherweise weiter verschlechtert. Durch den andauernden Kohlen- und Rohstoffmangel und die damit zusammenhängenden Betriebs-einschränkungen und Schließungen, sowie die Auflösung von militärischen Betrieben ist in absehbarer Zeit mit einer Besserung der Lage nicht zu rechnen. Eher noch dürfte die Arbeitslosigkeit durch die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen erheblich verstärkt werden, sobald die Beschaffung weiterer Arbeitsgelegenheit durch Notstandsarbeiten notwendig ist. Die Zahl der Erwerbslosen stieg in der Berichtwoche von 11 739 auf 11 919; sie hat sich also gegenüber der Vorwoche wieder um 177 erhöht.

**Kommunalpolitik.**

**Mannheim, 12. Juli.** Infolge der außerordentlichen Steigerung der Kohlenpreise hat der Stadtrat eine weitere erhebliche Erhöhung der Preise für Gas und Strom beschlossen. Der Gaspreis soll von 30 auf 40 Pfg., der Lichtstrompreis von 75 Pfg. auf 1.10 Mk. und der Kraftstromgrundpreis von 37 1/2 Pfg. auf 55 Pfg. erhöht werden. Auch die Preise für Wasser steigen. — Das Ortsstatut über die Zusammenlegung des Stadtrats wird geändert. Danach soll sich der Stadtrat zusammensetzen aus dem Oberbürgermeister, 2 (bisher 3) Bürgermeistern und 25 (bisher 23) Stadträten. Anstelle des ausscheidenden Bürgermeisters von Hollender soll kein Bürgermeister, sondern ein Stadtrat in Verbindung treten. Zwei weitere befohdete Stadträte übernehmen die Geschäftsabteilungen des Bürgermeisteramts.

**Aus der Partei.**

Die neue sozialdemokratische Zeitung für die Gegend kommt nun der „Volkswacht“ zufolge bestimmt nach Singen und nicht nach Konstanz. Damit erhält das rund 10 000 Einwohner zählende Singen neben dem demokratischen und dem Zentrumorgan noch ein drittes Blatt.

**Festlegung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie Süddeutschlands.**

§ Karlsruhe, 12. Juli.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie leidet seit jeher unter ganz gewaltiger Verschiedenartigkeit. Wohl gelang es in der Frage der Arbeitszeit seit dem Jahre 1906 in Württemberg, Baden und der Vorderpfalz eine gewisse Uebereinstimmung zu erzielen. Auch grundsätzliche Bestimmungen über die Frage der Affordarbeit konnten durchgesetzt werden. Dieses schloß aber nicht aus, daß in der Frage der Entlohnung, Einhaltungs- und Mindestlöhne eine völlige Zersplitterung bestand. Tarifverträge mit einzelnen Betrieben, Industriezweigen, die wohl abgeschlossen, aber ein einheitliches Ganzes

sonnte nicht geschaffen werden. Vor allem scheiterte dies Bestreben an dem Widerstand der dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angehörenden Organisationen der Metallindustriellen. Heftige Kämpfe wurden jahrelang um diese Frage geführt.

Schon lange vor der Revolution waren nun die maßgebendsten Unternehmervereinigungen mit der Generalkommission in Fühlung getreten, um für die Zeit nach dem Kriege bestimmte Richtlinien aufzustellen, nach denen das Arbeitsverhältnis geregelt werden sollte. Diese Richtlinien wurden am 26. Oktober 1918 der Öffentlichkeit bekannt gegeben und am 15. November 1918 von dem Rat der Volksbeauftragten Ebert und Saase genehmigt, mit dem Ersuchen, daß die Leiter der Reichsbetriebe die festgesetzten Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten haben.

Diese Vereinbarungen sehen unter anderem die Gewerkschaften als die berufene Vertretung der Arbeiter an, legen die völlige Kooperationsfreiheit, die Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Schlichtung von Streitigkeiten fest und erkennen grundsätzlich den achtstündigen Maximalarbeitstag an.

Auf Grund dieser neuen Zustände suchten nun die Bezirksleitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 8. und 9. Bezirk eine möglichst einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie in Baden, Hessen, Hessen-Nassau, der Rheinpfalz und Württemberg herbeizuführen. Es wurden einheitliche Vorschläge ausgearbeitet und über diese Vorschläge wurde am 29./30. April 1919 in Heidelberg zwischen den beteiligten Organisationen verhandelt. In den grundsätzlichen Fragen, Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, Lohnzahlung, Urlaub, Ueberzeitarbeit, Affordarbeit, Arbeiterausschüsse, Schlichtung von Streitigkeiten und Lehrlingswesen wurde Uebereinstimmung erzielt. Die Verbandsleitung ließ Sonderverhandlungen nach Industriebezirken oder Orten vorbehalten.

Die Arbeitszeit wurde für die Metallindustrie in Baden, Hessen-Nassau, Baden, der Rheinpfalz und Württemberg bei diesen Verhandlungen einheitlich auf 46 Stunden festgelegt. Der Widerstand der Unternehmer richtete sich in erster Linie gegen die Gewährung von Ferien. Es gelang aber nach äußerst schwierigen Verhandlungen über diesen Punkt eine Verständigung dahin zu erzielen, daß: „Nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3 Werktagen, 3 Jahren 6 Werktagen, 6 Jahren 8 Werktagen Ferien gewährt werden. Dabei ist festgelegt, daß Krankheit, Ausbleiben mit Zustimmung der Firma und militärische Dienstleistungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. Für die Ferien wird der Durchschnittslohn der letzten 13 Wochen vergütet.“

Die Lohnfrage wurde für ein größeres Industriegebiet erstmalig für den Bezirk des Verbandes der Metallindustriellen Mittelbadens, Bruchsal bis Nastatt einheitlich geregelt. Verhandlungen darüber fanden am 31. Mai in Karlsruhe statt. Es wurden Mindesteinstelllöhne für gelehrte Arbeiter über 20 Jahren von 2 M pro Stunde festgesetzt, für die auf Nähmaschinen und Fahrradherstellung beschäftigten Arbeiter, sowie in den Orten Ettlingen, Malsatt, Bruchsal und Weiten können die Löhne bis zu 10 Prozent niedriger sein. Ferner wurden die Stundenlöhne der seit dem 1. Mai 1919 beschäftigten Arbeiter in der Weite erhöht, daß sie mindestens 10 Prozent über den Stundenlohn erreichen. Arbeiter, die höhere Stundenverdienste haben oder Affordarbeiter erhalten ebenfalls eine entsprechende Zulage.

Die Mindesteinstelllöhne gelten als untere Grenze für die Lohnzahlung während der ersten vier Wochen im Betrieb, solange die Fähigkeiten des Arbeiters noch nicht feststehen. Die Einstelllöhne wurden nach den Industriezweigen und nach den Ortsklassen für jede Arbeitergruppe und auch nach dem Lebensalter gestaffelt festgelegt. Die Ortsklassen weisen eine Steigerung von je 2 1/2 % auf, sobald je nach Lage der Feuerungsverhältnisse eines Orts, nur eine Uebereinstimmung zwischen den beteiligten Kontrahenten zu erfolgen braucht, dann stehen für alle in Frage kommenden Arbeiter die Lohnsätze ohne Weiteres fest.

Die Regelung der Affordarbeit erfolgt künftig in der Weise, daß die Affordsätze so angefaßt werden, daß mindestens 25 bis 30 % bei durchschnittlicher Arbeitsleistung über den Einstelllohn verdient wird. Auch die Affordarbeiter erhalten eine 10%ige Verdienststeigerung, sofern ihr Durchschnittsverdienst nicht 25 % über ihrem Einstellungslohn liegt.

In Baden (ausgenommen der Mittelbadische Bezirk) konnte eine einheitliche Regelung bedauerlicher Weise noch nicht erzielt werden. Die Schuld daran tragen die Mannheimer Metallarbeiter, welche dem in Heidelberg abgeschlossenen Abkommen des Metallarbeiterverbandes nicht beigetreten sind und die glauben durch eigenes Vorgehen mehr erreichen zu können. Das Bedrückte ist ihnen bis heute nicht gelungen, wohl aber tragen sie durch ihre Verhältnisse daran Schuld, daß die Kollegen in über-ga Baden noch unter unregelmäßigen Verhältnissen zu leiden haben.

Günstig sind die Abmachungen natürlich voreerst nur für diejenigen Betriebe, die einer Organisation der Metallindustriellen angeschlossen sind. Bei den Nicht-Verbandsbetrieben werden die Abmachungen wohl ebenfalls durchgeführt werden. Dies wird allerdings Schwierigkeiten nicht mehr bereiten, da Unternehmer und Arbeiter-Organisationen das Abkommen für rechtlich verbindlich (Verfügung vom 28. Dezember 1918) erklären lassen. Von dem Abkommen wird voreerst die Edelmetallindustrie in Hanau, Pforzheim und Schw.-Gmünd, die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes und die Harmonikaindustrie nicht betroffen, da für diese Industriezweige vorher schon Sonderbestimmungen abgeschlossen worden sind. Der Christliche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein der Metallarbeiter (G.-V.) ist dem Abkommen ebenfalls beigetreten, sobald auf Arbeiterseite vollkommene Geschlossenheit vorhanden ist.

Nagen auch durch den Abschluß des Abkommens, welches vor allen Dingen den Arbeitern in den kleineren Städten und auf dem Lande ganz erhebliche Verbesserungen bringt, nicht alle Wünsche zeitlos befriedigt sein, so ist doch festzustellen, daß ein gewaltiger Schritt nach vorwärts getan ist. Der einzelne Arbeiter ist nicht mehr der Willkür des Unternehmers in der Frage der Lohnzahlung ausgeliefert. Er muß nach festen Mindestlöhnen eingestellt werden. Seine Verdienstmöglichkeit ist geregelt. Eine untere Grenze ist bei Lohn wie bei Affordarbeiten festgelegt. Mag auch das Abkommen in einzelnen noch einige Mängel aufweisen, so ist zu beachten, daß es der erste Versuch ist, diese Frage zu regeln. Stets haben die Unternehmer behauptet, daß es unmöglich sei in der Metallindustrie das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln. Es ist nun trotzdem gelungen, die Frage einer Lösung zuzuführen und es wird in erster Linie nur von dem Arbeitgeber abhängen, inwieweit durch diese Regelung künftige Differenzen hintangehalten werden. Die Unternehmer werden sich wohl eher übel mit dem Gedanken vertraut machen müssen,

daß das Arbeitsverhältnis der früheren Zeit endgültig der Vergangenheit angehören muß. Neben den Pflichten der Arbeiter seit jeher hatte, müssen seine Rechte unweigerlich feststehen und dürfen nach keiner Richtung hin Kürzungen erfahren. Solche Versuche gibt es im Reiche zu erfinden. Die Möglichkeit dazu ist innerhalb des Abkommens durch die vorgezeichnete Schlichtungsinstanz gegeben. An den Arbeitern liegt es durch die Geschlossenheit ihrer Organisation Uebergriffe zurückzuweisen und sie haben darauf zu achten, daß auch der letzte Arbeiter von der Notwendigkeit und dem Werte der Organisation überzeugt wird, denn nur der geschlossene Zusammenhalt der Arbeiter ist Bürgschaft dafür, daß Errungenes erhalten und ausgebaut werden kann.

**Gewerkschaftliches.**

**W. Schwenningen, 14. Juli.** Die hiesige Arbeiterschaft der Uhrenindustrie ist auf Grund einer gestern abgehaltenen Versammlung in den Ausstand getreten, nachdem der Verband der Uhrenindustriellen des Schwarzwaldes die Ferienbewilligung abgelehnt hat. Die Hauptverbandsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte die Genehmigung zum Streifen abgelehnt. Alle hiesigen größeren Betriebe streifen jetzt. Der Schlichtungsausschuß, der bisher schon alles getan hat, um den Ausstand zu verhüten, tritt am Mittwoch nochmals zusammen.

**Aus dem Lande.**

**Bretten.** Aus der Gemeinderatsitzung. Der Schulrat hat auf Grund seiner Feststellungen anlässlich der Untersuchungen der Schüler der Volksschule beantragt, mit den hiesigen Zahnmechanikern eine Vereinbarung zu treffen zu dem Zwecke, den Schülfern zu ermäßigten Preisen zahnärztliche Behandlung zuteil werden zu lassen. Der Vorsitzende wird ersucht, diese Verhandlungen zu führen. — Der Gemeinderat bestellt einen Waggon Frühkartoffeln unter der Bedingung, daß dieselben noch in diesem Monat geliefert werden. — Der von einer Kommission durchberatene Tarifvertrag mit den städt. Arbeitern und der im Anschluß an den Tarifvertrag aufgestellte Lohnkartell werden genehmigt. Zu dem Tarifvertrag wird die Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt. Ferner hat sich der Bürgerausschuß mit der Dedung des durch die Erhöhung der Löhne und die Zahlung einer Ausgleichszulage an die Beamten entstehenden Mehraufwandes zu beschäftigen. — Mit Rücksicht auf die allgemeine Lebensmittelpreiserhöhung wird der Vorsitzende ersucht, wegen Zuweisung von Mehl und Speck vorstellig zu werden. — Der Gemeinderat stellt beim Bürgerausschuß den Antrag auf Erhöhung der Gasmesermiete und des Gaspreises. Die Erhöhung des Gaspreises soll 15 Pf. betragen. — Auf Antrag des Mietvereinsamtes entscheidet der Gemeinderat, daß eine Wohnung zwangsweise vermietet wird.

**Stuttgart.** Parteiverammlung. Die am 11. Juli im „Wilden Mann“ stattgefundene Generalversammlung befaßte sich mit sehr inhaltsreicher Tagesordnung. Gen. Stöhrer gab in kurzen Umrissen den Geschäftsbericht. Aber nicht nur Schmerz undummer hat uns der vier Jahre lange Krieg gebracht, sondern auch in der Partei waren alle Bande durch Krieg zerissen. Auch in unserem Parteibereich haben wir den Verlust von 10 Genossen zu verzeichnen. Mit würdigen Worten gedachte er der gefallenen Genossen. Die Versammlung ehrete deren Gedenden durch Erheben von ihren Särden. Sodann kam Gen. Stöhrer auf die erlittenen im Dezember 1917 wieder aufgenommene Parteitätigkeit zu sprechen. Ein kleines Häuflein von Parteigenossen, denen das Wohl der Allgemeinheit am Herzen lag, verjagte durch stete Kritik die dazugehörigen traurigen Lebensverhältnisse und die sonstigen unheilvollen Zustände zu beseitigen. Ein langsamer Aufstieg des Parteilebens erfolgte in den darauffolgenden Monaten, sobald schon bei Revolutionsausbruch der alte Stand erheblich überschritten war. Der erfreuliche Aufstieg wurde infolge der politischen Umwälzungen noch mehr gefördert. Durch die anerkanntswürdige Tätigkeit einiger Genossinnen konnte zur Gründung einer Frauensektion geschritten werden. Redner streifte noch kurz die abgeschlossenen Wahlen. Veranstaltungen fanden 60 statt, unter diesen wurden 36 Vorträge gehalten. Reicher Beifall brachte dem Redner die Zustimmung des Geschäftsberichts.

Gen. Glunz referierte über den Stand der Bezirksorganisation. Auch er konnte erfreuliches berichten. Gen. Rapp gab Bericht über die Massenverhältnisse, die zufriedenstellende sind. Gen. Hagemann berichtet, daß die Kasse in Ordnung befunden worden sei und bittet, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. — Gen. Franz berichtet über die Tätigkeit der Bürgerausschußfraktion und bedauerte, daß die Fraktion nicht in dem Maße tätig sein konnte, wie es in den Wünschen der Genossen lag, weil immer unter dem alten System der Weg in die verschiedenen obwaltenden Körperlichkeiten verperrt war. — Punkt Neudahl der Vorstandschäft ergab die Wahl der bisherigen Vorstandschäft und eines weiteren Genossen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde eine vorgelegene Resolution an den Parteivorstand, sowie ein Antrag an die Gemeindeverwaltung, in denen die Wünsche der Genossen zusammengefaßt sind, einstimmig angenommen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Vorgetragenen. Nach dreitägiger Dauer konnte der Vorsitzende die Generalversammlung schließen.

**Leinfelden.** Die Naturfreunde. Allen Gewerkschafts-kollegen und Parteigenossen zur Nachricht, daß nach Anmeldungen und freiwillige Beiträge zur Kinderwanderung bei den Vereinsfunktionären, im Lokal „Brauerei Gensle“ und bei dem Führer Fied, Schöllbrunnstraße 27, 3, angenommen werden.

**Nastatt.** I. Freie Jugend. Heute abend pünktlich 7/8 Uhr findet Unterhaltungsabend im Gasthaus zum „Anker“ statt. Die Jugendgenossinnen und -Genossen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

I. Zersplitterung der Arbeiterschaft. Wie man hört, gibt es jetzt hier auch eine kommunistische Partei. Man sieht: Die Einigung des Proletariats macht Fortschritte.

I. Bürgerausschußsitzung. Freitag abend 5 Uhr fand die Fortsetzung der Bürgerausschußsitzung statt, welche fast bis gegen Mitternacht dauerte. Zur Beratung stand zunächst die Herstellung von Kleintwohnungen.

Gemeinderat stellte den Antrag: „Der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung geben, daß statt der unterm 16. Mai 1919 zur Ausführung beschlossenen 61 Kleinwohnungshäuser unter den veränderten Verhältnissen nur 47 erstellt werden, und, soweit nötig, außer dem bewilligten Kredit ein weiterer Kredit bis zu höchstens 200 000 M. bereitgestellt werde.“ Die veränderten Verhältnisse sind dadurch entstanden, daß die Regierung statt der angeforderten Millionen nur die Summe von 800 000 M. als Kostenübertragungszuschuß zugewilligt hat, sodas sich das Opfer der Stadt von 250 000 M. auf nahezu eine halbe Million erhöht. Die Parteien, außer einer Minderheit der Demokraten, waren sich einig, daß man in diesen jaueren Apfel beißen müsse, jedoch die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen wurde. Eine Venderung konnte allerdings die zurzeit stattfindende Lohnbewegung der Bauarbeiter bringen. Gen. Gemeinderat Melleri machte sodann darauf aufmerksam, daß gründlich Umschau gehalten werden müsse, ob auch wirklich keine Familie mehr Zimmer habe, als ihr nach dem Gesetz zusteht. Als weiterer Punkt stand die Lebensmittelversorgung auf der Tagesordnung. Dabei führte Bürgermeister Kemner aus: „Es wird demnächst amerikanisches Mehl zu niedrigem Preis zur Verteilung kommen. Trotz des wahrscheinlich nicht sehr glänzenden Ausfalls der Getreideernte wird die Brotkrone infolge Einfuhr ausländischen Mehles nach der neuen Ernte erhöht werden können. Die Gemüßeversorgung hat sich durch den eingetretenen Regen gebessert; hauptsächlich wurden viel Erbsen und Bohnen ausgegeben werden können. Auch die Fettversorgung weise ebenfalls eine Besserung auf. Der Kommunalverband hat in Stalben einen Waggon Olivenöl bestellt; davon wird pro Kopf 1/2 Liter angegeben werden können zum Preise von 11 bis 12 M. der Liter. Die Eierzufuhr ist ganz ungenügend. Es gibt kaum genügend Eier für Kranke.“ In weiteren Verlauf seiner Rede kam er auf den Konsumverein und die Kundenlisten zu sprechen. Fett und Mehl müsse nach wie vor durch die städtischen Verkaufsstellen verteilt werden. Wenn man das Mehl in den einzelnen Ladengeschäften verkaufen ließe, ginge viel durch Verkaufen verloren. Gemeinderat Göggmann machte sodann Mitteilungen über unsere Fleischversorgung. Von gewisser Seite wird Stimmung dafür gemacht, daß der Kommunalverband auf dem Lande zu Schleichhandelspreisen Schlachtvieh aufkaufen solle, um nur überhaupt etwas Fleisch bekommen. Sämtliche Redner erhoben Einspruch gegen diese Überlegung durch den Kommunalverband mit Ausnahme von — zwei Rednern. Dieser charakteristische Fall von Interessenpolitik verdient Beachtung. Zum Schluß machte Gen. Gemeinderat Brenner noch Ausführungen über die Milchversorgung, die sehr im Argen liegt. Statt 136 500 Liter, die uns im letzten Monat zuströmten, haben wir nur 52 000 Liter bekommen. Aus den Mitteilungen über die täglichen Lieferungen der Gemeinden konnte man ersehen, daß z. B. Ffheim statt 650 Liter nur 185 Liter, Naunthal statt 100 Liter nur 21 Liter und Tu a. Rh. 250 Liter nur 20 Liter liefert. Die Ansprache über die Lebensmittelversorgung war eine sehr angeregte und ausgiebige.

**Die Gedekfeier für die im Jahre 1849 erschossenen Freiheitskämpfer**, auf die wir kürzlich schon hingewiesen, wird am Sonntag den 10. August in unserer Stadt stattfinden. Der Beginn wurde auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt. An sämtliche Mitgliedschaften in Baden wird Einladung zu dieser Feier ergehen. Die Festrede wird wahrscheinlich Gen. Dr. Kraus halten. Verschiedene Arbeiter-Gesangvereine haben ihre Mitwirkung bereits zugesagt. Wir hoffen, daß die Genossen im ganzen Land dazu beitragen werden, die Feier zu einer imposanten Gedächtnisfeier zu gestalten.

**1. Kasatt wieder Garnison.** Die Bürgermeister Kemner in der letzten Bürgerausschußsitzung mittelst, besetzt Aussicht, daß nach Kasatt wieder Garnison kommt, nämlich ein Reichwehr-Bataillon mit einer Eskadron und einer

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

**Städtisches Konzerthaus.**

**„Brüder Straubinger“.**

Operette von West und Schnitzer; Musik von Edmund Csapka. Ein leiteres, gefälliges Stückchen, mit dessen Neuauflage das Konzerthaus einen feiner — bisher noch zählbaren — guten Griff gemacht hat. Die leichte und melodische Musik, von der das Lied der kleinen Oculi und „Nüssen ist keine Sünder“ zu den „in weiteren Kreisen“ bekannten Auschnitten gehören, entzückt allgemein, obwohl die Pippingische Leitung wieder sehr zu wünschen übrig ließ. Auf meinem Theaterzettel steht: „Die Handlung spielt am Rhein im 18. Jahrhundert“. Ich kann mich aus der Gesichtshaltung nicht entsinnen, daß der Rhein um jene Zeit an Wean vorbeifloß. Der rheinische Dialekt klang stark nach lobenswürdigem Donauwasser. Helt geben sich die Ensemblestellen; Fritz Hande ist ein geschickter Regisseur und sein Schauder war eine Glanzleistung. Kurt Klog-Oberland spielt die nicht einfache Rolle des Brubers Straubinger sehr gut, aber singen kann er nicht, daran ist nichts zu ändern. Die schönste Leistung war die Oculi von Kelly Schlagel, gesanglich wirklich wunderbar. Joachim Faber trat in der Rolle des Banditen hier zum ersten Male auf und zeigte sich in recht günstigem Licht. Die Mittellage seiner Stimme ist sehr kläglich, in der „Gardasfürstin“ stellte sich die Höhe als etwas stark gepreßt heraus, doch schaut er sie nicht; das ist schließlich auch das Wert, zumal er ein liebenswürdiger und eleganter Darsteller ist. Seine Gemahlin gab Helene Selber an ganz ansprechend, Ann e Bötler als Wiedehäuser war diesmal sehr gut. — Das Haus zeigte einen erfreulichen Besuch. Das Konzerthaus möge sich das eine Ermunterung sein lassen. s. k.

**Kunsausstellung in Bruchsal.** Im diesigen Schloß findet zur Zeit eine Ausstellung von Werken Bruchsaler Künstler statt: Delgemäde, Aquarelle, Graphit, Plastik. Neben viel Unbedeutendem findet sich manches ansprechende und eindrucksvolle Bild. Herr Schner gibt technische und inhaltlich wohlgeleitete Delgemäde. Hel. Werner eine Anzahl elegant ausgeführter Scherenschnitte. Die Plaketten von Herrn Reiß zeigen gut individualistische und schief unruhige Porträts. In romantische Stimmung fällt man sich durch einige Radierungen und Aquarelle des Herrn Sauter versetzt (Märchen, Frühling, Andacht). Monumental gedacht ist „Brudermord“. Das mit „Ad“ bezeichnete Selbstbildnis des Künstlers hinterläßt einen bedeutenden Eindruck. Das Publikum befindet reges Interesse und wird auch in Zukunft für ähnliche Darbietungen dankbar sein. M.

**Literatur.**

Das Sonderbüchlein der Kriegs- und Uebergangszeit in hyltematischer Uebersicht. Herausgegeben von Dr. jur. Leo Stummann-Karlsruhe im Auftrag des Anwaltsvereins Karlsruhe.

M.-G.-R. als Polizeitruppe. In diesem Falle würde auch das Probiantamt seinen Betrieb wieder aufnehmen; ob Artillerie wieder nach Kasatt komme, sei noch fraglich.

**Offenburg.**

Die Wahlkreisconferenz, welche am Sonntag in der Beuerei Mündinger stattfand, war von der Offenburger Parteigenossenschaft zahlreich besucht. Die Landorte hätten für eine bessere Beschickung besorgt sein sollen, in Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung. Parteisekretär Meier-Freiburg gab den Bericht vom heutigen Parteitag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligten sich eine Reihe Parteigenossen, die zum Teil ihren abweichenden Standpunkt vertraten. Amtehrin wurde anerkannt, daß unsere Partei ein schlechtes Erbe bei der teilweisen Uebernahme der Regierung übernommen hatte. Es wurde nur gewünscht, daß unsere Vertreter mit allem Nachdruck die sozialistischen Forderungen vertreten sollen. Eine rege Debatte löste die Pressefrage aus. Gen. Winter gab ein Bild, wie es zur Zeit mit der Parteipresse stehe und wünschte, daß ein Kopfschütteln von der „Vollstwach“ geschaffen werden sollte, um unseren Interessen mehr gerecht zu werden. Die beiden Geschäftsführer des „Vollstfreund“ und der „Vollstwach“, sowie der Vertreter des Landesvorstandes äußerten ihre Bedenken, gaben aber zu, daß im Offenburger Bezirk mehr als bisher geschehen müsse. Eine Reihe Parteigenossen unterstützten die Anregungen. — In nächster Zeit findet eine Gemeindevorstandersconferenz statt. Wir machen die Mitgliedschaften schon heute darauf aufmerksam, die Parteigenossen, die auf den Nachwärtigen tätig sind, zu entsenden.

**Offenburg, 13. Juli. Parteiversammlung.** Im sozialdem. Verein hielt am Samstag abend Parteisekretär Meier-Freiburg einen sehr interessanten Vortrag über das Erfurter Programm. Die Versammlung war gut besucht und der Redner erntete großen Beifall. In den nächsten Versammlungen sollen wiederum Vorträge gehalten werden, um den Parteigenossen und besonders den Genossinnen Gelegenheit zu geben, etwas tiefer in die sozialistischen Ideen einzudringen. Wir erwarten, daß unsere Mitglieder die Vereinsleitung in ihrem Bestreben unterstützen.

**Der Kommunalverbandsausschuß für Offenburg-Stadt** stellte in der letzten Sitzung, die dieser Tage stattfand, fest, daß es mit der Eierablieferung besonders in den Landorten des Bezirkes sehr schlecht bestellt sei. Die Gemeinden liefern zum größten Teil nur etwa ein Sechstel vom Pflichtquantum ab. Weiterhin wurde festgestellt, daß bedauerlicherweise die Ortsvorstände, die berufen wären, mit gutem Beispiel voranzugehen, ihre Pflicht vollständig vernachlässigen. Nur die Gemeinden Olsbach und Windschlag erfüllen wenigstens einigermaßen ihre Verpflichtungen, wofür ihnen bestens gedankt wird.

Auch eine Reihe städtischer Führer vernachlässigten die Abgabe und geben zum Teil entweder gar nichts, oder aber ungenügend Eier ab. Einige gingen mit sehr gutem Beispiel voran, doch die Zahl der Vernünftigen ist nur klein. Die Säumigen sollen nochmal an ihre Pflicht erinnert werden, gegen verschwendete alte Sünden wird der Strafzettel angewendet werden.

**Lehrervereinigung.** Am 3. August findet hier in der „Nischelhalle“ eine außerordentliche Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins statt. Die Führung der Vereinsgeschäfte des Badischen Lehrervereins wurde dem Schriftführer, Oberlehrer W. Müller in Baden-Baden, übertragen.

**Ugern.**

**Parteiversammlung.** Donnerstag den 17. d. M., abends halb 8 Uhr, im alten Bahnhofhotel Mitgliederversammlung. Die Parteigenossen werden gebeten, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

**Friedrich Frisch.** Die Arbeiterkassette Ugern wurde in tiefes Leid versetzt. Der langjährige Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Kollege Friedrich Frisch ist einer längeren schweren Krankheit erlegen. Auch politisch ist er immer in vorderster Reihe gestanden. Möchte das, was er in langen Jahren gesät hat, reiche Früchte tragen. Auch war der Verstorbene längere Jahre Vorsitzender des Arbeiter-Gesangvereins „Einigkeit“ und Mitbegründer desselben. Wir werden diesem vorbildlichen treuen Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

**Freiburg, 14. Juli.** Im Stadtteil Obere Mehre spielte sich am Sonntag abend eine blutige Familientragödie ab. In einer Aufführung von Eifertheit schloß ein Reallehrer auf seine Frau und den Vogelehrer, einen 20-jährigen Studenten, zu einem Revolverduell ab und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Brust. Die Frau wurde im Rücken und der Vogelehrer im Unterleib schwer verletzt. Beide wurden nach dem Krankenhauses gebracht. Der Reallehrer hinterläßt 4 Kinder im Alter von 6—13 Jahren. Ob die Eifertheit des Vaters begründet war, darüber gehen die Meinungen der Anwohnerhaft auseinander.

**Das Heimstättengesetz.**

Der in der letzten Zeit durch eine Schrift und Vorträge des Landeswohnungsinspektors Dr. Kampffmeyer der weiteren Öffentlichkeit bekannt gewordene Entwurf eines Heimstättengesetzes zeigt neue Wege zur Wohnungsreform. Zunächst finden wir den Gedanken hochgehalten, zur Besserung unserer Wohnungsverhältnisse, die freien Baugenossenschaften, deren Tätigkeit sich dahin erstreckt, in Pflichtgenossenschaften überzuführen. Vergewandert man sich die jetzigen Wohnungsverhältnisse, Baukosten und Bodenpreise, so wird es klar, daß hier auf der einen Seite es den freien Genossenschaften unmöglich ist, die sich gestellte Aufgabe selbst, sei es mit Hilfe des Staates und der Gemeinde, zu lösen. Auf der anderen Seite kann der Mieter und Wohnungsbedürftige von dem privaten Baukapital und Hausbesitz, entsprechend deren Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart, nichts erwarten. Für diese besteht vielmehr das Bestreben, den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten zum Schaden der Mieter und Wohnungsbedürftigen. Nach Abwägung dieser Sachlage, auf der Suche nach einem Auswege, legt dem Entwurf des Heimstättengesetzes die Frage vor: Was sollen wir tun? Auf keinen Fall darf die Bauaktivität ruhen, denn die Arbeiter des Bauhandwerks müssen Beschäftigung finden und die Wohnungsbedürftigen muß geholfen werden.

Die Mittel zur Förderung der Bauaktivität sollen in der Fassung eines Teils der unbewerteten Gemeine des Hausbesitzes beschafft werden, auf die kein rechtlicher oder fiktiver Anspruch geltend zu machen ist. Diese Mittel würden als Mietszuschuß zu den neuerbauten teuren Wohnungen zu verwenden sein, was ein Ausgleich zwischen billig und teuer erbauten Wohnungen bringen und die Bauaktivität fördern würde.

Als Träger des Gesetzes scheidet nach dem Entwurf Staat und Gemeinde aus, indem mit Recht darauf hingewiesen wird, daß die bürokratisch organisierten Behörden unmöglich in der Lage wären, die Verhältnisse und Bedürfnisse richtig zu beurteilen. Es wird damit festgehalten, daß die Aufgaben ebensogut

durch eine dezentralisierte Stelle als eine Zentralstelle gelöst werden könnten. Aber auch die politische Gemeinde soll ausgeschaltet sein, da neben anderen Bedenken hiergegen, doch vor allem es sich bei der Wohnungsfrage um Aufgaben handelt, die nicht nur von einzelnen Gemeinden gelöst werden können. Das Gesetz soll einen Selbstverwaltungskörper schaffen, in dem alle beteiligten Kreise, vor allem die Wohnungsbedürftigen, zur Mitarbeit herangezogen werden.

Einbezogen werden in den Geschehntwurf die Erfahrungen mit den Baugenossenschaften, deren Vorteile auszubauen und Nachteile zu beseitigen möglich sein wird, indem die freie Baugenossenschaft zur Pflichtgenossenschaft wird. Der Selbstverwaltungskörper wird damit geschaffen, daß alle Wohnungsmieter sich mit soviel Kapital beteiligen, als das Mietwert ihrer Wohnung gleichkommt und hierzu noch Staat und Gemeinde herangezogen werden sollen, um diesen Selbstverwaltungskörper auf einer breiten und tragfähigen Grundlage aufzubauen. Heimstättenbezirke, die zu einem Heimstättenlandesverband zusammengeschlossen sind, sollen die Träger des Gesetzes sein.

Als Pflichtmitglieder des Heimstättenbezirkes gelten sämtliche Inhaber von Mietwohnungen, sowie die Inhaber von Heimstätten, die von dem Heimstättenbezirk geschaffen, den Mitgliedern in Erbpacht, Pacht oder Mietherbverlehnung vergeben sind und Untermieter, die das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Beteiligung dieser Mitglieder geschieht durch so viele Anteile, daß die Hälfte des jährlichen Mietwerts ihrer Wohnung gebildet wird. Ein Heimstättenanteil beträgt 100 M. und ist unbefristet. Die Mieter, die ein fernerfristiges Vermögen in der fünfzehnten Höhe der zu übernehmenden Anteile besitzen, sollen diese Anteile innerhalb eines Monats voll einzahlen. Bei geringerem Vermögen ist in der gleichen Frist ein Betrag anzugeben, der dem fünften Teil ihres Vermögens entspricht. Der Rest wird durch monatliche Teilzahlungen beglichen werden können. Es soll damit eine finanzielle Grundlage geschaffen werden. Für minderbemittelte, finanzschwache Familien hingegen kann der Vorstand niedrigere Teilzahlungen bestimmen und hat die Wohnstättengemeinde für diese Mitglieder, die Vermögensschwachen, die Heimstättenanteile zu übernehmen und dar zu zahlen. Mit der finanziellen Beteiligung der Mitglieder, ihren Verhältnissen entsprechend, soll ein Kapital geschaffen werden, das den Einzelnen nicht belastet und aber erzieherisch dahin wirken soll, daß der Wohnungsbedürftige den Heimstättenbezirk nicht nur als Vermieter ansieht. Er wird mit Benutzung empfinden, nicht im fremden, sondern im eigenen Hause zu wohnen. Während der Heimstättenverband die öffentlich-rechtliche Pflicht hat, das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen, und kann daher ein Mitglied auch nicht ohne weiteres aus seiner Wohnung entfernen.

Als weitere Mitglieder sind die Hausbesitzer vorgesehen, um sie entsprechend ihrer Vermögenswerte bei der Durchführung des Gesetzes mitwirken zu lassen, was auch auf die Besitzer von Eigenhäusern, deren Mietwerte 1000 M. übersteigt, Anwendung findet.

Die Verwaltung geschieht durch den Heimstättenrat, der an der Spitze der Heimstättenbezirke steht und auf Grund der Verhältnismäßig durch die Mitglieder gewählt wird, wobei auch die Ehegatten der Mitglieder das passive und aktive Wahlrecht haben und somit die Beteiligung der Frau auf dem Gebiete des Wohnungswesens gewährleistet wird. Sieben Beiräte sollen hierzu von den Mitgliedern, wobei die Hausbesitzer eine eigene Liste aufstellen können, gewählt werden, zwei Beiräte durch die vom Bezirksrat zu ernennenden Vertreter der Gemeinde und ein Beirat durch die vom Heimstättenbezirk beschaffigten Baufachleute.

Das Recht auf Wohnung soll mit diesem Aufbau durch den Heimstättenbezirk gesichert werden, um diese Verpflichtung nach Ablauf einer Uebergangsperiode bei der jetzt herrschenden Wohnnot vollumfänglich übernehmen zu können.

Die Verwaltung sämtlicher Mietwohnungen durch den Heimstättenbezirk geschieht mit der Festsetzung des Mietwerts durch den Heimstättenrat. Dabei für die dem Heimstättenbezirk zufallenden Mieten eine angemessene Entschädigung der Hausbesitzer vorgesehen ist und die Aufwendungen für die Instandhaltungskosten übernommen werden sollen. Bei der Entschädigungsfrage wird hierbei die richtige Festlegung der Höhe derselben von großer Bedeutung sein und wird in der fernerfristigen Vergütung des auf dem Hause ruhenden Kapitals die Grenze zu suchen sein. Die Berechnungsmöglichkeit durch den Hausbesitz wird hierdurch ausgeschlossen, was aber der Wertverteilung des Gesetzes nicht entgegensteht kann. Denn gerade die entzogenen Konsumtgewinne werden zur Herabsetzung der Mieten dienen und die wirtschaftliche Kraft der Mieter steigern.

Eine von den Mietern durch den Heimstättenbezirk zu erheben der Zuschlag zu den Selbstkosten, wird die Höhe der durch den privaten Hausbesitzer vorgenommenen Mietssteigerungen nicht erreichen. Dagegen werden mit diesem Zuschlag die Mittel für eine grundsätzliche Wohnungs- und Siedlungsreform bereitgestellt. Die Sanierung schlechter Wohnungen und Häuserblocks, Mietszuschläge für kranke Familien und bedürftige Kriegsbeschädigte soll dadurch möglich gemacht werden.

Wichtig für die Durchführung des Gesetzes erscheint die Dezentralisation der Verwaltung. Heimstättenvereine, „Heimstättenvereine“ und „Heimstättenvereine“ sollen im Heimstättenbezirk den engeren Verwaltungskörper bilden, die wirtschaftlich bis zu einem gewissen Grade selbstständig werden sollen, um so eine solche Wirtschaft zu führen und alle die neben der Wohnungsfrage laufende Interessen und Aufgaben, wie die Errichtung von Volkshäusern und Spielplätzen, Wirtschaftlichkeit werden zu lassen. Durch die Uebernahme der Verwaltung der in Privatbesitz befindlichen Wohnungen durch den Heimstättenbezirk wird aber eine Organisation geschaffen, die es ermöglicht, schließlich auch das Eigentum der gesamten Mietshäuser auf die Gesellschaft zu übernehmen. Der Heimstättenbezirk erhält das Vorberlaufsrecht und Enteignungsrecht für alle Hausgrundstücke, die Mietwohnungen enthalten, soweit die Häuser nicht vorwiegend landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken dienen, und für solche Grundstücke, die für städtische und ländliche Siedlungszwecke benötigt werden. Boden- und Häuser speculationen werden aber zum Wohl der Allgemeinheit ausgeschlossen. Um ein zu großes Kapitalrisiko in der ersten Zeit nicht auf die Gemein-schaften übernehmen zu müssen, wird eine Enteignung bestehender Häuser für die ersten zwei Jahre nicht stattfinden.

Die Heimstättenbezirke, die zum Landesheimstättenverband zusammengeschlossen sind, wird Baumaterialien beschaffen und deren Bezug erleichtern, sei es durch Errichtung und Uebernahme von Fabriken, Steinbrüchen usw. Ferner die Geldbeschaffung durch eigene Darlehensentnahmen ermöglichen, um hochverzinsliche Hypotheken der vorhandenen Häuser abzulösen und Hypotheken für die Neudauten zu beschaffen.

Da alle vor dem Uebersetzen aufgetretenen Wohnungsreformprobleme durch die gegenwärtigen Verhältnisse illusorisch gemacht werden, ist es deshalb nur zu wünschen, daß der Entwurf Gesetz wird. Denn jetzt haben Staat und Gemeinde auch nicht die nötigen Nachmitteln in Händen, um etwas zu tun. Es braucht hierbei nur an die Durchführung des Baues der Klostertanklagen und der Durchführung des elektrischen Lichts erinnert zu werden, was leider nur dort zu finden ist, wo dem Bau- und Hausbesitzern durch seine gut finanzierten Mieter eine gute Verzinsung des Kapitals gesichert ist. Ferner ist die Sanierung von Häuserblocks und der jungen Altstadtdiertel in den Städten dringend, denn die in diesen Vierteln wohnenden Menschen müssen von dort weichen als arm bezeichnet werden. Der Verd der Krankheiten und Unkultur ist dort zu suchen, von dort erhebt sich eine Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die solchen Verhältnissen passiv gegenübersteht. w.

### Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 15. Juli.

#### Zur Wohnungsfrage.

Man schreibt uns:

Der Krieg hat unermessliche Opfer an der Front und in der Heimat verlangt. Dazu kommt jetzt noch der Gekürtenrückgang. Die Reichsregierung hat bereits schon für die Befämpfung dieser in Deutschland aufgetretenen Erscheinung das Nötige veranlaßt. Es wäre zu wünschen, daß wir einen gesunden Nachschub bekämen. Um dies zu erreichen, muß vor allem aber für hindernde Familien für ausreichende Wohnungsgelegenheit gesorgt werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß 2 Personen für sich allein 6 bis 8 Zimmer benötigen, während einer Familie mit 8 Köpfen eine kleine 2 Zimmerwohnung zur Verfügung steht. Diesen traurigen Zuständen wäre abzuhelfen, wenn die Gemeinden von ihrem Recht Gebrauch machen und energische Schritte unternehmen würden. Der Einsender dieses Artikels muß sich ebenfalls mit seiner sechsköpfigen Familie mit einer kleinen 2 Zimmerwohnung zufriedengesehen. Am 8. Juli 1919 wäre ihm Gelegenheit gegeben gewesen, eine passende 3 Zimmerwohnung zu bekommen, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, Vater von 4 Kindern zu sein. Welche bittere Enttäuschung mußte er bei diesem Vorfall erleben. Herr U. in der Entlingerstraße Nr. 11 hat in der Werderstraße Nr. 2 schon seit Jahren, trotz der großen Wohnungsnot, eine 3 Zimmerwohnung leer stehen. Der Einsender bekam von dieser Sache Kenntnis und begab sich zu dem Hausbesitzer, um die Wohnung zu erwerben. Er wurde jedoch abgewiesen mit dem Vermerk: Wenn Sie und Ihre Frau allein einziehen wollten, würde ich Ihnen sofort nehmen, aber mit Kindern auf keinen Fall. Was würden da die Hausbesitzer vom Hause Entlingerstraße Nr. 9 dazu sagen.

Es ist wahrhaftig höchste Zeit, der hier zuständigen Behörde daß sie hier in solchen Fällen kräftig zugeht. Wohin soll denn das noch führen? So wird man abgemien von Leuten aus besseren Ständen. Aber es wird auch für diese eblen Herren noch Gesetze geben. Vielleicht nimmt sich das hiesige Wohnungsamt um diesen Fall etwas an.

#### Aus der Stadtratsitzung vom 10. Juli 1919.

Erstellung eines Säge- und Hobelwerks. Auf dem stadteigenen Platz beim Elektrizitätswerk soll — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — ein Säge- und Hobelwerk mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Kostenaufwand von 30000 Mk. erstellt werden. Errichtung einer Schlackenfabrik. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß beim Gaswerk mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 180000 Mk. eine Schlackenfabrik errichtet wird, in welcher die bei der Gasbereitung jetzt infolge Verschlechterung der Kohlen in größerem Umfang anfallenden Schlacken zu Schlackensteinen verarbeitet werden können.

Ortsdienstleistung. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses wird mit der Fort- und Domänenverwaltung ein Vertrag über die Ueberlassung des Baugeländes zwischen Gottesauer Straße und Kriegsstraße östlich des Artilleriedepots im Flächeninhalt von 22172 qm im Erbbaurecht an die Stadtgemeinde zur Erstellung von 52 Wohnhäusern und mit der Karlsruher Handwerkerbau-Gesellschaft ein Vertrag über die Ausführung der Bauten abgeschlossen. Nach letzterem Vertrag erstellt die Handwerkerbau-Gesellschaft die Häuser und zwar 32 zum Preise von je 20500 Mk. und 20 zum Preise von je 22775 Mk. und übergibt sie schlüsselfertig der Stadtgemeinde.

Verbesserung der Verbindung zwischen Südstadt und Altstadt. Da nach Lage der Verhältnisse mit einer Ueberbauung des alten Bahnhofsgrundstückes in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, sollen zur Verbesserung der Verbindung der Südstadt mit der Altstadt vorläufig 2 Fußwege von je 3 m Breite in der Verlängerung der Marien- und Wilhelmstraße — von der Baumeisterstraße zur Kriegsstraße — hergestellt werden.

Auslandslebensmittel. Der auf die Stadtgemeinde entfallende Anteil (1/3) an den Kosten der Verbilligung der Auslandslebensmittel soll aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Da die Summe von der Menge der hereinkommenden und zur Verteilung gelangenden Lebensmittel abhängt, steht sie einstweilen noch nicht fest. Sie wird aber mindestens 1 Million Mark betragen.

Beim Bürgerausschuß wird Antrag auf Bewilligung des vermutlich erforderlich werdenden Betrags gestellt.

Die von der Bürgerausschußfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingereichten Vorschläge über die Art der Verteilung der Auslandslebensmittel, die Gestaltung der Verkaufspreise für die einzelnen Bezirke und die Deckung des der Stadt erwachsenden Kostenaufwands wird zunächst dem Nahrungsmittelausschuß zur Prüfung überwiesen.

**Sozialdem. Verein.** Wir machen nochmals auf unsere morgigen Abend 8 Uhr im Saale des „Elefanten“, Kaiserstraße 42, stattfindende Hauptversammlung aufmerksam. Das von unserem Genossen Dr. Kraus zu behandelnde Thema die „Einigung der sozialdemokratischen Parteien“ muß die Genossinnen und Genossen zweifellos interessieren. Genosse Dr. Kraus hat an den in Berlin stattgefundenen Einigungsverhandlungen teilgenommen und wird den Beweis erbringen, daß die Spaltung des Proletariats nach dem 9. November 1918 ein Verbrechen an demselben war. Auch hervorragende Führer der U. S. P. stehen auf diesem Standpunkt, was der Referent durch Ausprüche derselben beweisen wird. Wir erwarten, daß der freundliche, elektrisch beleuchtete Saal bis auf den letzten Platz besetzt wird. Die Versammlung wird präzis 8 Uhr eröffnet.

**Oberbürgermeisterwahl.** Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, hat der Stadtrat die Oberbürgermeisterwahl auf den 23. Juli, nachmittags von 5—6 Uhr angesetzt. Wahlberechtigt sind die Mitglieder des Bürgerausschusses.

**Eine neue Gas- und Strompreiserhöhung.** Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage über eine weitere Erhöhung der Gas- und Strompreise ab 1. Juli zugegangen. Leucht-, Koch- und Heizgas soll fortan mit 40 Pfg. pro 1 Kubikmeter berechnet werden. Strom für Beleuchtungszwecke soll 75 Pfg. die K.W.St. kosten. In der Begründung wird auf Mehraufgaben für Kohlen sowie die Erhöhung der Feuerungszulagen für Beamte und Arbeiter abgehoben.

Zur Lage des Arbeitsmarktes in Baden wird uns geschrieben: Eine ganz erhebliche Verminderung der Arbeitslosen in Karlsruhe würde dadurch zu erzielen, wenn die Regierung folgende Maßnahmen ergreifen würde: Aus mehr denn 150 verschiedenen Gemeinden, Baden, Württemberg, Pfalz kommen nachweisbar täglich mehrere tausend landwirtschaftliche Arbeiter zur Arbeit in die Betriebe nach Karlsruhe, obwohl dieselben besser tun würden, zu Hause zu bleiben und sich im Interesse der Volksernährung mit landwirtschaftlichen Arbeiten zu betätigen. Anstatt dagegen geeignete Schritte zu unternehmen, läßt man in den Städten Platane aushängen, deren Inhalt wie zum Hohn die Städte auffordert auf's Land zu gehen und dort zu arbeiten, obwohl erwiesenermaßen diese Aufforderung ohne jeden praktischen Wert ist. Auch die immer wachsende Zahl der weiblichen Hilfskräfte bei den städtischen und staatlichen Behörden läßt erkennen, daß der eigentliche Zweck der Vermittlungsämter durch diese niemals erreicht werden kann. Daß aber das Arbeitsamt selbst an der Spitze steht ist wohl mehr als bezeichnend, und gelte vielmehr die vielen jungen Mädels mit kurzen Röckchen und langen Höschen als Kriegserntinnen oder Kriegswitwen.

**Sitzung des Gewerkschaftsrates.** In Nr. 160 des „Volkshilfsfreund“ vom Montag den 14. Juli finde ich im Sitzungsbericht des G.A. Nr. 4 eine Darstellung, die sehr leicht zu irrtümlichen Auffassungen führen könnte. Es heißt dort: „daß seitens der Bezirksgruppe des Bauarbeiterverbandes ein Antrag eingegangen sei usw.“ Ich muß an dieser Stelle richtig stellen, daß dieser Antrag nicht von einer Bezirksgruppe des Bauarbeiterverbandes, sondern von einer Mitgliederversammlung des G.A. der Zahlstelle Karlsruhe, bei der in der Hauptversammlung Mitglieder anwesend waren, die bei Platanenarbeiten beschäftigt sind, ausgegangen ist. Die Besucherzahl dieser Versammlung war circa 100 Mann.

Der Bauarbeiterverband, Zweigverein Karlsruhe, hat zurzeit 3800 Mitglieder und kann deshalb von einer „Bezirksgruppe“ gar keine Rede sein, zumal auch von den Mitgliedern der Zahlstelle nur der vierte Teil anwesend war. Es liegt somit fest, daß nur ein kleiner Teil der Mitgliedschaft den Antrag zu diesem Antrag gegeben hat. Die übertragene Mitgliedszahl des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe, hat mit diesem Antrag nichts zu tun und verfolgt nur rein wirtschaftliche Ziele.

Ich nehme an, daß dadurch, daß unser Vertreter im G.A. den Antrag an das Kartell weiter geleitet hat, dieser Irrtum entstanden ist.

Die Zweigvereinsleitung des Bauarbeiterverbandes: August Philipp.

**An die Leser.** Wir mußten heute wiederum wegen Gasmangel den Satz beschränken, da die Sechsmaschinen nur eine Stunde arbeiten konnten. Es mußten daher verschiedene größere Artikel und Berichte (Nationalversammlung, Reichsnotopfer usw.) gestrichen werden.

Die Redaktion.

**Platanen.** Eine berechtigte Mahnung. Im Laufe der Zeit hat sich bei den Fahrgästen der Straßenbahn die Gewohnheit eingebürgert, bei Lösung eines Fahrcheines dem Schaffner nicht das Fahrgehalt anzugeben, sondern einfach „geradeaus“ zu verlangen. Auf diese Weise wird dem Schaffner die richtige Abgabe der Fahrcheine sehr erschwert. Abgesehen davon, daß die Angabe „geradeaus“ bei allen nicht geraden Strecken schlicht verfehlt ist, kann der Schaffner daraus nicht entnehmen, ob der Fahrgast eine Fahrkarte für 16 Pfg., 20 Pfg. oder für einen sonstigen Preis braucht. Sodann irren sich die Fahrgäste häufig über die Fahrtrichtung des Wagens. Sie müssen dann aussteigen und einen neuen Schein lösen, was zu unangenehmen Auseinandersetzungen führt. Die Angabe „geradeaus“ oder „unten“ sollte deshalb durchaus vermieden werden. Das Vornamen hat die Schaffner angeleitet, bei Ausgabe der Fahrcheine darauf zu bestehen, daß das Ziel der Fahrt, d. h. die Haltestelle, bis zu der man zu fahren wünscht (z. B. Durlach-Bahnhof, Nordstraße-Hauptbahnhof usw.) genau angegeben wird, und es liegt im Interesse der allgemeinen Verkehrsverleinerung, wenn jeder Einzelne schon von selbst dem Personal dadurch entgegen kommt, daß er ohne erst die Frage zu veranlassen, die gewünschte Haltestelle nennt, besonders da — in Zeiten starken Verkehrs — dem Schaffner die Ueberprüfung über die Wagen durch ein Entgegenkommen des Publikums in dieser Richtung erleichtert wird.

**Der ungruppierete Stadtpark.** Wie bekannt, hat der neue Stadtparkdirektor verschiedene Veränderungen im Stadtpark ausgearbeitet, die in der Öffentlichkeit verschiedentlich kritisiert werden. In der Hauptfrage wendet sich die Kritik gegen das Verschwindenlassen des alten hippischen Promenadenweges am westlichen Geufer. Zu verschiedenen kritischen Bemerkungen über die Veränderungen im Stadtpark hat nun das Gartenamt dem Stadtrat eine Erklärung gegeben lassen, in der es unter anderem heißt: Was die Verlegung des Weges am Stadtparksee anbelangt, war es technisch und gartenkünstlerisch falsch, zwei Wege so dicht nebeneinander herzuführen, wie dies früher bei der Platanenallee und dem bestehenden unteren Weg der Fall war, denn der untere Weg war zu schmal, um bei Wasserbesuch zu genügen, während die schöne Platanenallee unbenutzt blieb. Heute ist der Allee die ihr gebührende Bedeutung eingeräumt. Man hat viel reizvollere Durchblicke nach dem See, zumal da die Platanenallee wesentlich höher liegt als der frühere Weg. Die am See rand stehenden schönen Bäume kommen viel besser zu Geltung, weil der Abstand des Wechsaues größer geworden ist. Die Wegbreite ist so groß gewählt, daß sich selbst bei dem starken Besuch von rund 20000 Personen am Pfingstmontag keine Störungen und Stockungen ergaben. Die Entzerrung des alten Rosenparkens war schon deshalb wohl berechtigt, weil er nach Schaffung der neuen, einzigartigen Anlage überflüssig geworden war. Durch die Verpflanzung einer Reihe von Rosenbüschen in die neue Anlage hätte die kleine Rosenanlage naturgemäß auch Not gelitten, so daß von einem eigentlichen Rosenparken nicht mehr gesprochen werden konnte. Außerdem mußte er bei der Fortführung der Platanenallee, die notwendig geworden war, beseitigt werden.

Das Verschwindenlassen des oben genannten Promenadenweges wird wohl allgemein bedauert, wenn man auch sagen muß, daß die Gründe des Gartenamtes etwas für sich haben. Es wäre ebenfalls auch interessant zu erfahren, ob die Stadtparkkommission ihre Zustimmung zu den Veränderungen gegeben bezw. ob der Stadtparkdirektor dieselben auf eigene Faust vorgenommen hat.

**Versteigerung und Abgabe von Hofeigentum.** Ein Kriegsteilnehmer schreibt uns: Wie kürzlich gemeldet wurde, wurden für das künftige Landesmuseum im Schloß sowohl die große Galanterie von 1865, wie der kleine Repräsentationswagen von 1878 und ein Kolorolithen von 1700 aufbewahrt, während der bei der Versteigerung an den „Landwirt“ Heimbürger aus Anleihen abgelassene Galanterie auf Habelweg in die Schweiz abwandert ist und bereits in Frankreich gelandet sein soll. Was für Stoffen mögen wohl gemacht worden sein, als dieser Wagen in Paris oder sonstwo durch die Straßen der Stadt geführt worden ist? Da dieser Wagen seinerzeit doch nur 1800 A einbrachte, wäre es wohl doch besser gewesen, auch diesen Wagen für museale Zwecke (vielleicht für Mannheim oder eine andere große bairische Stadt) aufzubewahren, als dem genannten Landwirt, der vermutlich

mehr Handelsmann als Landwirt ist, ein Hohes Geld verdienen und den Wagen ins Ausland abwandern zu lassen.

Letzte Woche wurden nun von der Schloßverwaltung eine größere Anzahl komplette Betten, wie überhaupt Schlafzimmereinrichtungen usw. versteigert. Zuvor wurde aber bei sämtlichen noch im Dienste befindlichen oder bereits entlassenen Hofbedienten eine Umfrage abgehalten, wer dafür Interesse habe. Es meldeten sich so viele Interessenten, daß am Tage der Versteigerung sämtliche Betten ausschließlich nur an diese Leute abgegeben werden konnten. Dieses Verfahren ist insofern sehr zu begrüßen, als dadurch die Möbel unmittelbar und nicht erst durch Vermittlung gewisser Handelsleute in die Hände der Bedürftigen gelangen. — Es ist nun zu erwarten, daß über kurz oder lang auch die übrigen Möbel, Teppiche usw. und vor allem die Kunstgegenstände, wie Bilder, Gobelins usw. zur Versteigerung gelangen werden. Von Seiten der Hofbedienten dürfte hierfür allerdings wohl kaum Interesse vorliegen, sicherlich aber in Bürgerkreisen, bei Brautleuten, oder jungen Ehepaaren, die bisher nur möbliert wohnten. Es wäre erfreulich, wenn sich ein Modus finden ließe, durch den diese Gegenstände unmittelbar an den Mann gebracht werden könnten, wo heute die Preise für Möbel schon so wie so fast unerträglich sind. Gegen Schieber und Wucherer, die um des schönen Mammons willen sogar das Vaterland zu verraten imstande sind, muß endlich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und mit aller Energie vorgegangen werden.

**Kolossium:** Gastspiel Blagheim. Heute Abend findet die letzte Aufführung von „Ein Prachtmädel“ statt. Von morgen Mittwoch ab gelangt ein neuer Schläger „Familie Hannemann“ zur Erläuterung mit Blagheim in der Hauptrolle. Dieses Stück übertrifft alles bis jetzt Dagegewesene und wird ein neuer großer Erfolg der Blagheim-Gesellschaft werden.

Verantwortlich für den Gesamthalt: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

#### Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Ges. Verein „Cassalia“.) Heute Abend 8 Uhr Singstunde im „Auerhahn“ (Elektrische Beleuchtung.) 4961 Der Vorstand.

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Morgen (Mittwoch), Abend 7 1/2 Uhr Zusammenkunft im „Goldenen Löwen“-Saal (Faber). Vollzähliges Erscheinen erwartet. 4963 Der Vorstand.

### Von der Badischen Obstversorgung.

Zu der Zuschrift des Herrn Kaufmann Hund in Nr. 310 der „Bad. Landeszeitung“ und zu seiner Notiz und Erklärung im „Residenzanzeiger“ vom 8. 7. 1919 bittet die Landwirtschaftskammer um Aufnahme folgender Aufklärung:

Der Vergleich in der Privatklage der Bad. Landwirtschaftskammer gegen Herrn Kaufmann Hund, an welchem in der Öffentlichkeit vielfach verächtliche Kritik geübt wird, ist auf Wunsch und Veranlassung des Gerichtes zustande gekommen. Die Landwirtschaftskammer hatte durchaus nicht den Wunsch auf ihre Klage zu verzichten und hat auch in den Vergleichsverhandlungen ausdrücklich hervorgehoben, daß sie im Hinblick auf die schweren Anschuldigungen an einer vergleichswelken Erledigung der Privatklage kein Interesse habe, vielmehr die Durchführung derselben wünsche. Die Behauptung des Herrn Hund, daß er nie, weder mündlich noch schriftlich seine sachlichen Vorwürfe zurückgenommen habe, ist unrichtig. Die Vergleichserklärung wurde von dem Prozeßbevollmächtigten des Herrn Hund in dessen Gegenwart und mit dessen vollem Einverständnis unterzeichnet. In dem Vergleich lautet: Der Privatbeklagte nimmt die gegen die Badische Landwirtschaftskammer und deren Beamte ausgesprochenen Vorwürfe als sachliche Grundlage zurück, bezugnehmend auf die Klage. Beide Teile erklären, daß die Behauptungen auf Unrichtigkeiten zurückzuführen sind. Hierunter fallen auch alle gegen die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung und die Bad. Landwirtschaftskammer gerichteten sachlichen Vorwürfe und Angriffe.

Der Vergleich wurde nicht schlichtfertig, sondern offen vor dem Vertreter der Regierung, der den Vorsitz führte, sowie in Anwesenheit von sieben durchaus einwandfreien Zeugen, darunter 2 Rechtsanwältinnen, abgeschlossen. In Gegenwart dieser Zeugen hat auch Herr Hund erklärt, daß die im Residenzanzeiger erschienenen Artikel nicht auf ihn zurückzuführen seien und daß ein Anlaß zu Veröffentlichungen, die zu seiner Entlassung geführt haben, nicht vorgelegen habe. Herr Hund verlangte Genugtuung für die Verleumdung, welche er in der Bekanntmachung seiner Entlassung erlitt. Die Landwirtschaftskammer erklärte sich zu solcher Genugtuung bereit, nachdem Herr Hund dargelegt hatte, daß seine Gesundheit durch die Aufregungen des Prozesses erheblich geschädigt sei und er vorerst nicht daran denken könne, eine neue Stellung anzunehmen.

Es ist nun Tatsache, daß Herr Hund bald nach Abschluß des Vergleichs aufs neue beim Kreiswucherramt und der Staatsanwaltschaft vorstellig wurde und daß durch Notizen in der Presse über den „famosen Vergleich“ von neuem Verdächtigungen und Beunruhigungen in die Bevölkerung getragen wurden. Die Landwirtschaftskammer ist, wie schon dargelegt, nur auf Wunsch des Gerichtes auf den Vergleich eingegangen. Die Regierungsbereichte der Obstversorgung sind jährlich dem Ministerium des Innern vorgelegt worden. Die von der Landwirtschaftskammer aus der Obstversorgung erbrachten Geldmittel sind aus den gesetzlichen Zuschüssen hervorgegangen, keinesfalls aber aus einer Ueberleistung der Höchstpreise. In den meisten Fällen hat sich die Geschäftsstelle der Obstversorgung mit geringeren als den vom Kreis festgesetzten Zuschüssen begnügt. Wenn tatsächlich die Vorwürfe des Herrn Hund nur im engersten begründet waren, hätte Preiswucherramt und Staatsanwaltschaft, wo Herr Hund zur Zeit nach seiner Entlassung wie auch nach dem Vergleichsabschluss wiederholt vorstellig wurde, schon längst das Strafverfahren wegen Preiswuchers durchgeführt. Die Tatsache, daß dies nicht geschehen ist, beweist, was von den öffentlichen Anschuldigungen des Herrn Hund zu halten ist. Soweit Genugtuung aus der Verwirklichung hervorgegangen sind, finden sie ausschließlich für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, namentlich auch für Siedlung und Landeskultur, Verwendung. Das ist auch etwas anderes, als wenn sie in die Taschen Privater geflossen wären. Für das Allgemeininteresse wären sie dann verloren geblieben. Es sei nur an die beiden Viehsammelstellen erinnert, welche von Privaten unterhalten wurden und deren Millionengewinne nun größtenteils im Staß liegen, nachdem sich die betreffenden Herren kurz vor dem politischen Zusammenbruch vergossen hatten.

Die neuerlichen unberechtigten Angriffe gegen die Badische Obstversorgung gelegentlich der Markttunnen sind zum großen Teil auf Treibereien zurückzuführen, welche sich von einer Aufwiegelung zu Aufruhr nicht sehr unterscheiden. In der Versammlung der Klog vom 28. 6. 1919 kam auch allgemein der Anlaß hierüber zum Ausdruck. Wie folgensamer für die öffentliche Ruhe und Ordnung ein solches Gebahren sein kann, zeigen die Vorgänge in Mannheim und in vielen norddeutschen Städten.

### Arbeiter! Werbet für den Volkshilfsfreund.

**Soolhäder Friedrichsbad**

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenaufreibungen, Drüsenanschwellungen und Augenzündungen darbieten; ebenfalls gegen Rachitis und Bleichsucht der Kinder. im

**Zu verkaufen!**

Schöne goldene Damen-uhren (Sprungbedel) 240 Mk. 6 Pfund reine Schafwolle à 12 Mk., Bettstiele, Post, Wolfer 70 Mk. 4965

Scherstr. 14, (Südstadt) Werkstadt.

Ein Duzend Herrensch-Pragen (Seite 33), einige Paar Damenstiefel, ein Paar Herrenstiefel, Gr. 45, alles neu, billig abzugeben

Stendstr. 1, II. Weibel.

**Für Kellner!**

Ein neuer Stad mit Seide gefüllter 70, 1 Paar gute Schuhe für Herren Größe 42, 1 Paar gelbe Schuhe für Herren Größe 39 zu verkaufen. 4963

Rauge Viktoriastr. 18 III

**Herrenrad**

(Preis) bereits neu, mit prima Gummi, sowie

**Damenrad**

(Preis) bereits neu zu verl.

Sartung & Mager, Marientstraße 63. 4969

**Röhreneinrichtungen**

Röhreneinrichtungen sind preisw. zu verkaufen. 4969

Schreiner Schott, Kronenstr. 51, S. II.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern**

werden fortwährend angekauft in

4968

**Weintraub Ju- und Verkaufsgeschäft,**

Kronenstr. 52. Tel. 3747.

**Dienstmädchen**

zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Zu erfragen

Werkstr. 48 I. 4947

**Schwerhörigkeit**

Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen, Gehörverlust, etc.

München 28 C. 4600

**Bett-nässen**

Bei Kindern u. Erwachsenen empfehle mein auserprobtes "Cicero". Paket 5.50 Mk., drei Pakete (meist ausreichend) 15 Mk. Sildbrandt, Verbandshaus 203, Berlin N. 4, Invalidenstr. 8. 2892

**Gleichenleiden**

dauernde Beseitigung durch deutsch. Heilgymn. Prof. Dr. Carl's Verband München 28 C. 4600

**Hund**

zugelaufen. Zu erfragen im Volksfreundbüro unter Nr. 4948.

**Lüchtige gewandte Verkäuferin**

aus der Lebensmittelbranche sofort gesucht. Ebenfalls können auch andere geeignete Kräfte in Betracht.

Schriftl. Meldungen, denen Zeugnisabschriften beizulegen sind, bitten umgehend in unserem Laden, Rappentstraße 12, abzugeben. Bezahlung nach Tarif.

Kastatt, den 15. Juli 1919. 4969

**Konsum-Verein Kastatt.**

**Ochlabrik Königsbach.**

Täglich Verarbeitung von Repp.

Mahlsteine sind erforderlich. 4913

**EPALAST**

Täglich ab 3 Uhr

**Das Paradies der Lebewelt**

Grossstadt-Sittenbild in 5 Aufzügen

**LICHTSPIELE**

Die Volks-Buchhandlung

Karlsruhe, Adlerstrasse 16

Soeben erschienen! empfiehlt: Soeben erschienen!

**Das Einmachen der Früchte und Gemüse**

Die Herstellung von Obstmus, Marmeladen, Gelees, Frucht-Weinen, Essig usw. mit 22 Abbildungen. Preis 1.80. Porto 10 Pfg. Betragl. Briefmarken einsenden.

**Männer u. Frauen!**

Prof. Dr. Prof. Dr. über Bahndrehscheibe hygienische Neuheit verbindet verschlossene u. loslösbare Reptun-Verband Stuttgart 7. 4968

**Schneider**

auf Großstücke sucht

Hans Leyendecker Kaiserstr. 161. (Höchste Lohnsätze). 4967

**Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe**

Todesfälle. Fr. Fries, Chemann, Schreiner, alt 42 Jahre. Sofie Widel, Ehefrau, alt 46 Jahre. Robert, alt 3 Jahre. Val. R. Wilmmaier, Rangierer. W. H. Niedermann, Chem. Schuhmachermeister, alt 66 Jahre. Johann Kobar, Chemann, Schneidemeister alt 62 Jahre. Johannes Dammes, gesch. Chemann, Müller alt 52 Jahre. Eilse Schneider, alt 60 Jahre, gesch. Ehefrau von Theod. Schneider, Kaufmann. G. Hügel, Chemann, Schiffer, alt 60 Jahre. Verta, alt 8 Jahre. Vater Frz. Eiermann, Maurer. Ludwig Scharbelwein, Chem., alt 52 Jahre.

**Städtisches Konzerthaus.**

Dienstag, den 15. Juli 1919 4959

**Röslein auf der Heiden.**

Singspiel in drei Akten von Richard Manz und August Leon. (Volksliederspiel). Die vorkommenden Gesänge sind dem Volksliederschatz entnommen.

Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

**Zucker zur Beerenweinbereitung.**

Von der Badischen Zuckerfabrikation sind uns 60 Zentner Zucker zur Beerenweinbereitung zur Verfügung gestellt.

Die Ausgabe desselben erfolgt auf Antrag an solche Haushaltungen, die aus eigenem Gewächs Beerenwein bereiten wollen.

Der Preis des Zuckers beträgt Mk. 1.40 pro Pfd.

Anträge auf Zuteilung von Zucker zur Beerenweinbereitung sind schriftlich beim städt. Nahrungsmittelamt einzureichen.

Die Anträge müssen enthalten:

1. Eigentumsnachweis und Lage des Grundstückes, auf dem die Beeren wachsen.
2. Anzahl der Beerensträucher.
3. Ertrag derselben in diesem Jahre.
4. Angabe der zur Bereitung von Beerenwein notwendigen Indumentarien.
5. Anzahl der Personen des Haushaltes.
6. Name u. Adresse des Geschäftsführers.

Anträge sind bis spätestens **Samstag, den 19. Juli 1919**, zu stellen. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Karlsruhe, den 14. Juli 1919. 4951

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Obst-Verteilung.**

In den Obstverkaufsgeschäften

Nr. 133 bis 141 etwähl.

Kommen heute Kirchen zur Verteilung. Kopfmenge 2 Pfund gegen die Obstmarkte Nr. 2 zum Preise von 75 Pfg. pro Pfund. 4956

Karlsruhe, den 14. Juli 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Fässer-Verkauf.**

Wir haben noch eine größere Anzahl Bier- und Weinlagerfässer von 13 bis 40 hl Inhalt zu verkaufen.

Die Fässer lagern bei der Kriegsstelle im Schlachthof und im städt. Krankenhaus, wo nähere Auskunft erteilt wird. 4968

Karlsruhe, den 14. Juli 1919.

Städtisches Kriegspeisungsamt.

**Schuhe**

Sohlen und Flecke

Herren Nr. 10. — bis 12. —  
Damen Nr. 8. — bis 10. —  
Kinder je nach Größe. 4914

Wittler, Durl.-Str. 37, S. II.

**Verloren**

am Samstag nacht in der Festhalle eine

**Dreistafche mit Inhalt.**

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl. Für nähere Angaben wäre sehr dankbar.

**Bruderbund**

18 91

Karlsruhe-Mühlburg

**Gemischter Chor.**

Donnerstag, den 17. Juli 1919, abends 8 1/4 Uhr im Lokal „Württembergischer Hof“, Hglandstraße 26

Wiederbeginn der regelmäßigen

**Proben**

unter neuer Direktion. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Sänginnen und Sängler sehr ersplich. Gäste und neue Mitglieder stets willkommen. 4945

Der Vorstand.

**Soziald. Verein Karlsruhe.**

Mittwoch, den 16. ds. Ms., abends 8 Uhr, findet im Saale des „Elefanten“ (elektr. Beleuchtung), Kaiserstraße 42, unsere

**Haupt-Versammlung**

statt. Tages-Ordnung:

**Die Einigung der sozialdemokratischen Parteien**

Referent: Genosse **Dr. Kraus**, Mitglied des bad. Landtages.

Hierzu sind die Genossinnen und Genossen mit der Bitte um zahlreichen Besuch, freundlichst eingeladen.

4914

Der Vorstand.

**Was leistet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen?**

1. Er vertritt die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf dem Gebiet der Rentenverfassung, erteilt Auskunft und Rat in allen Unterhaltungs- und Versorgungsangelegenheiten.
2. Er hilft allen Kameraden bei der Berufsberatung, Berufsausbildung und Vermittlung.
3. Er ist der Berater der Kameraden ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen in allen Nöten des täglichen Lebens.

Eintrittsgeld 50 Pfg., Monatsbeitrag 70 Pfg. Beitrittserklärungen nehmen die Geschäftsstellen der Ortsgruppen an. 4884

**Die Stelle des Bürgermeisters**

bei der Stadt Offenburg soll alsbald besetzt werden. Als Anfangsgehalt ist 8000 Mark in Aussicht genommen.

Bewerbungen wollen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse, der bisherigen Tätigkeit sowie der Gehaltsansprüche bis längstens den 20. Juli bei uns eingereicht werden. 4966

Offenburg, den 25. Juni 1919.

Stadtrat.

**Bekanntmachung.**

Die Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Juli 1919 werden nach Maßgabe der Nummern der Unterstühtungsausweise in folgender Weise ausbezahlt:

Dienstag, 15. Juli 1919 die Nummern 1 bis mit 5000  
Mittwoch, 16. 1919 - - - 5001 - - - 10000  
Donnerst., 17. 1919 - - - 10001 - - - 18000  
Freitag, 18. 1919 - - - 18001 - - - Schluß.

Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen des Kriegsunterstützungsamts Zirkel 40/42, 3. Stock, Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags vorgenommen.

Dabei bemerken wir, daß nach einer Anordnung des Reichsinstitut für Krankenunterstützungen nur noch dann weiter bezahlt werden dürfen, wenn seitens der Militärbehörden Wohnungszuschüsse für die Familien von Kriegsangehörigen nicht gewährt werden.

Karlsruhe, den 12. Juli 1919. 4949

Das Bürgermeisteramt.

**A. Mulfinger**

Borkstraße 8.  
Telephon 1700.

**Keine Wanze mehr** für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben. Doppelpack M. 2.—, Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett. Verkauf: **Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74, Drogerie, Rud. W. Lang, Kaiserstr. 72.** Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts durch **Herm. A. Groessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.**

**„D'Latern“**

das neue Monatsblatt für Dialekt-Humor ist erschienen. Preis 30 Pfg. Volksbuchhandlung Adlerstraße Nr. 16.

**Gesangv. Badenia e. V. Musikverein Karlsruhe.**

Samstag, d. 19. abends 7 1/2 Uhr

4946

**„Stadtparkfest“.**

Bei ungünstiger Witterung 8 Tage später, hingegen Abschieds- u. Begrüßungsfeier (Herrenabend) im Vereinslokal zu Ehren des scheidenden Chorleiters Herrn Rahner und des neuen Chorleiters Herrn Baumann. Alles Nähere durch Mundschreiben.

Seute abend Probe.

**Frauen-Krankheiten**

jeder Art behandelt mit besten Erfolgen durch natürlich. Heilmittel (Naturheilkunde) Keine schädliche Operationen und ohne Operationen

**Rob. Schneider**

Vertreter d. Naturheilkunde Karlsruhe, Kaiserstr. 40 Telefon 1741

Anatomisch-physiologisch gebildet

30 jährige Erfahrungen Sprechzeit: früh bis 9 Uhr 1-4 Uhr, Montags und Sonntags unbestimmt.

**Häuser**

mit und ohne Geschäfte sowie Liegenenschaften aller Art zu verkaufen durch das

**Verkaufsbüro M. Busam,**

Karlsruhe, Herrenstr. 38, 2842 Telephon 5590.

**Lüchtige Schneiderin**

nimmt noch Kunden für außer dem Hause an. Offert. unter Nr. 4950 an das Volksfreundbüro. 4950

**Rasier-Klingen**

(Gilette), werden haarhart geschliffen. Stk. 15 Pfg. Kaiserstr. 34, Baden. 01

**Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas**

kauf 4606

**Levy, An- und Verkaufsgeschäft.**

Markgrafenstraße 22.

**Handgefähte Frauenhaare**

kauf 4611

Oskar Decker, Haarhdlg. Kaiserstr. 32.

**Planck & Co**

**Ein Waggon Einmachgläser mit Ring**

empfehlen in allen Größen 4955 sehr preiswert